

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Kontopost: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkontokonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Umständen 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 105

Dresden, Mittwoch, 7. Mai

1924

Das Rätsel der Regierungsbildung.

Das Schicksal des Sachverständigen- gutachtens — das Schicksal des deutschen Volkes.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Wiederholung oder Inflation, Besserung der wirtschaftlichen Lage oder neue Massenverelendung ist die Frage, die schon in den allerersten Wochen den neuen Reichstag beschäftigen muß. Diese Frage ist bereits jetzt klar zu formulieren, weil das deutsche Volk vielleicht bald wieder berufen ist, die Unfähigkeit seines jetzigen Reichstages zu beurteilen. Denn die Entscheidung, die am 4. Mai gefällt wurde, gewährt nicht weniger eine Politik des Wieder- aufbaus als die vom Juni 1920. Betrachten wir uns 3. B. das neue Parlament auf Grund der bisher vorliegenden Gesamtergebnisse, die kaum noch eine wesentliche Änderung erfahren dürften, so ergibt sich eine geringe Mehrheit für die Erfüllungspolitik. Zwar hat die Volkspartei in ihrer Wahlpropaganda erklärt, daß sie Gegnerin dieser Politik sei. Das ändert aber nichts daran, daß Herr Stresemann als Außenminister die angeblich verneinte Politik in vollster Überzeugung und nach besten Kräften führte. Wie hätten also vornehmlich mit der Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und der Sozialdemokratie als Parteien zu rechnen, die der bisher betriebenen Außenpolitik ihre Zustimmung geben. Sie dürften vielleicht auch die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei finden, nachdem der inzwischen zurückgetretene bayerische Ministerpräsident sich im Einverständnis mit seiner Partei auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin ebenfalls für die Erfüllungspolitik ausgesprochen hat.

Zunächst aber bleibt die bestehende einfache Mehrheit für die Erfüllungspolitik wertlos, wenn die auf Grund des Sachverständigen- gutachtens erforderlichen Schritte auch nur teilweise mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament beschlossen werden müssen. Über diese Frage besteht bisher keine Klarheit. Wir neigen der Auffassung zu, daß eine Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich ist. Andererseits aber ist von verschiedenen Politikern in den letzten Wochen wiederholt die Meinung vertreten worden, daß die Gesetzgebung über die Bildung einer Eisenbahn-Konzerngesellschaft, wie sie das Gutachten fordert, nur mit einer qualifizierten Mehrheit vom Reichstag erledigt werden kann. Sie sehen in der Bildung dieser Gesellschaft und der Ausdehnung von Aktienanteilen an die ausländischen Mitglieder eine Veräußerung des Eigentums der Reichsbahn, die dem Wortlaut der Verfassung widersprechen soll. Die Vertreter dieser Auffassung berufen sich auf die §§ 89 und 92 der Reichsverfassung, die u. a. befehlen, daß es Aufgabe des Reiches ist, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und außerdem (§ 92) feststellen, daß die Reichseisenbahn als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten ist. Das Gutachten der Sachverständigen verlangt allerdings keineswegs, daß das Reich sein Eigentum an der Eisenbahn aufgibt. Andererseits bedeutet die Umwandlung der Reichsbahnverwaltung in eine Aktiengesellschaft keinen Verstoß gegen die Verfassung, da der Aktienbesitz vollständig im Besitz des Reiches verbleiben kann und die 500 Millionen Beteiligungsaktien bei einem Aktienkapital von 26 Milliarden nicht veräußert werden. Unseres Erachtens läuft deshalb die Absicht der Sachverständigen, die Bildung einer Reichsbahn-K. G. herbeizuführen, lediglich darauf hinaus, den Gläubigern Deutschlands ein Hausgeld zu bieten, d. h. die Eisenbahn ist und bleibt Eigentum des Reiches.

Jedenfalls macht die Zusammenziehung des neuen Reichstags eine Klärung der angesprochenen Streitfragen schnellstens erforderlich. Schließen sich die Juristen nicht unserer Auffassung an, dann bildet die Stellungnahme der Deutschnationalen, die bisher noch jede Verabschiedungspolitik ablehnten, den Ausschlag dafür, ob Deutschland einer neuen Inflation und einem neuen Krieg oder einer wirtschaftlichen Sicherung entgegengeführt werden soll. Wollen sie das Letztere, dann müssen sie sich der jahrelang beschriebenen Politik anschließen

und vor der ganzen Welt eingestehen, daß sie vier Jahre hinter dem Weltlauf zurückgeblieben sind und ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Beharren sie aber des Festhaltens wegen trotz der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auf einer Ablehnung, dann dürfte schließlich nichts anderes übrig bleiben, als unser Volk vor die Entscheidung zu stellen: Krieg oder Frieden, Inflation oder Brot!

Es ist unter diesen Umständen begrifflich, wenn die Deutschnationalen sich bei ihrem „Ziege“ nicht wachsam halten.

Die Reichsregierung bleibt vorläufig im Amte.

Berlin, 7. Mai.
In einer am Dienstag abgehaltenen Besprechung des Reichskabinetts teilte der Reichsminister des Innern mit, daß die endgültigen amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. Mai zu erwarten sind. Das Reichskabinett beschloß, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amte zu bleiben.

Neue Ergänzung des Wahlergebnisses.

Die Sozialdemokratie die stärkste Partei.
Berlin, 6. Mai.
Nach den bis heute mittags eingegangenen Meldungen ergänzt sich das Reichstagswahlergebnis wie folgt:
Sozialdemokraten 5 973 767 Stimmen, 100 Mandate (80 Kreisliste und 20 durch Verrechnung im Verband und auf Reichswahlvorschlag); Zentrum 3 899 022 Stimmen, 65 Mandate (52 und 13); Deutsche Volkspartei 2 642 845 Stimmen, 44 Mandate (30 und 14); Deutschnationalen 5 755 601 Stimmen, 96 Mandate (80 und 16); Bayerische Volkspartei 1 657 451 Stimmen, 28 Mandate (9 und 19); Bayerische Volkspartei 941 982 Stimmen, 16 Mandate (14 und 2); Kommunisten 2 712 001 Stimmen, 62 Mandate (42 und 20); Bayerischer Bauernbund 683 093 Stimmen, 10 Mandate (3 und 7); Deutsch-Hannoverscher 318 451 Stimmen, 5 Mandate (4 und 1); Deutschsozialistische Partei 335 336 Stimmen, 4 Mandate (0 und 4); Landliste 568 288 Stimmen, 9 Mandate (7 und 2); Deutsch-Sächsische Freiwirtschaftspartei 1 917 578 Stimmen, 32 Mandate (13 und 19).

Von den weiteren Parteien, auf die aber keine Mandate entfallen, erhielten Stimmen: Unabhängige 240 177, Bund der Gewerksamen 58 880, Christlich-Soziale Volks-Gemeinschaft 124 800, Deutsche Arbeitermerkmale 36 130, Freiwirtschaftlicher Bund 26 122, Bauernbund 23 828, Nationale Freiwirtschaftspartei 59 788, Nationale Arbeiter 133 628, Partei der Mieter 46 975, Republikaner 45 775, Soz. Bund 25 607, Bayerischer Mittelstandsbund 5681, Sächsischer Bloß 9439 und parteilose Wirtschaftsgenossen 1947, insgesamt 29 257 116 gültige Stimmen.

Zahl der Mandate 471 (davon 334 Kreisliste und 137 durch Verrechnung im Verband und auf Reichswahlvorschlag).

Hergt's Bereitwilligkeit.

Berlin, 7. Mai.
In einer Unterredung mit einem Vertreter des D. Z. teilte der deutschnationalen Führer Hergt die Bereitwilligkeit seiner Partei an, eine Reichsregierung im Reich zu bilden. Die Deutschnationalen würden als Regierungspartei eine auswärtige Politik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trage und andererseits geeignet sei, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schlichter Verhandlung herbeizuführen. Dem Gutachten und der Aufforderung zu Verhandlungen seien die Deutschnationalen nicht von vornherein ein rundes Unannehmbar entgegen, wohl aber Vorbehalte, die ganz unüberwindlich seien. Sie würden dem deutschen Volke die

großen wirtschaftlichen Lasten niemals zuzumuten, bevor die häufig genannten Eckpunkte befriedigend gelöst seien.

Was werden die Freunde des Herrn Hergt im Lande, denen immer erklärt wurde, die Erfüllungspolitik sei verwerflich, zu der veränderten Haltung sagen, die eingenommen wird, um die Macht im Staate ergreifen zu können? Das ist eine wesentliche Frage.

Geländefondierung im Federkrieg.

Weitere Pressestimmen.
Der neugewählte Reichstag soll nunmehr nach Berliner Meldungen erst am 22. dieses Monats zusammentreten. Das Ergebnis der Wahl regt jedoch schon jetzt zu ausführlichen Kommentaren über die Möglichkeiten der künftigen Politik der Reiches an. Die führenden Blätter der Parteien äußern sich sehr vorsichtig, um den Entschlüssen ihrer Parteien nicht vorzugreifen und dem Gegner möglichst wenig Möglichkeiten zu geben, zugleich aber doch deren Stellungnahme abzulesen.

Nach dem Wahlergebnis wäre theoretisch die große Koalition mit einer Stimmstärke möglich; ob sie praktisch möglich ist, ist eine andere Frage. Der Bürgerblock hätte eine einfache, wenn auch keine Zweidrittelmehrheit.

Tagegen würde eine reine Reichsregierung nicht möglich sein, denn wenn die Demokraten sich nicht beteiligen würden, käme zunächst einmal nicht die ausreichende Ziffer zustande, außerdem wäre aber auch dann die Beteiligung des Zentrums zweifelhaft, und man würde von vornherein auf eine Minderheitsregierung hinauslaufen. Die Reichsabsichten würden eine Reichsregierung, vertreten aber einzuweisen nicht, wie sie eine solche Regierung parlamentarisch tragen könnten. Es wird auch bereits mit einer Wiederauflösung des Parlaments gerechnet, wenn es sich als arbeitsunfähig herausstellen sollte.

Wir verzeichnen nachstehend noch einige bemerkenswerte Presseäußerungen:

„Deutsche Tageszeitung“

schreibt:
„Wenn wir sagten, im Hinblick auf die bisherige Abneigung der Deutschvölkischen Freiwirtschaftspartei gegen jede Koalitionsregierung würde, wenn nicht die Entscheidung über das zweite Seislaß da wäre, jetzt ein Bürgerblock von den Deutschnationalen bis zum Zentrum der gegebenen Ausweg sein, so sollte damit keineswegs zum Ausdruck gebracht werden, daß das die erwünschte oder auch nur natürliche Lösung wäre. Diese läge vielmehr in der Bildung einer ausgeprochen rechtsgerichteten Koalitionsregierung, deren Kern die Deutschnationalen Volkspartei zusammen mit der Deutschvölkischen Freiwirtschaftspartei darstellte. Zahn geht der Wille der nationalen Wählermassen.“

„Berliner Börsenzeitung“

zieht auf einen Bürgerblock hin, wünscht jedoch die Mitwirkung der Demokraten. Das Blatt erklärt:

„So liegt für die bürgerlichen Parteien von selbst der Zwang vor, sich zu einigen. Eine bürgerliche Majorität von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten, unter Umständen sogar ohne die Demokraten, ist zahlenmäßig möglich.“

Sie müßte auch sachlich möglich werden, wenn wirklich das Interesse des Vaterlandes über das Interesse alles anderen gestellt würde. Hoffen darf man wohl auch, daß bei den Deutschvölkischen sich noch eine Anzahl Abgeordneter finden wird, die einer bürgerlichen Regierung ehrliebe Unterstützung gewähren, wie ja auch die Demokraten in der Lage sind, einer bürgerlichen Regierung mindestens wohlwollende Neutralität zu bewahren.“

„Zeit“

Sie schreibt:
„Was der Partei an äußerer Stärke verlorengegangen ist, das hat sie durch innere Geslossenheit zurückgewonnen.“

Der Angelpunkt der Situation liegt in der Stellung der Parteien zu den Fragen der auswärtigen Politik. Ihnen werden sich alle anderen Gesichtspunkte unterordnen müssen.

Die Deutschnationalen Volkspartei, die ausgezogen ist, um die Deutschvölkischen anzutreten, würde gut tun, sich darüber zu äußern, wie sie zu diesen Fragen steht. Davon wird alles Weitere abhängen.“

„Germania“

läßt alle Türen offen. Es bemerkt, die Haltung der Deutschnationalen sei der Regierungsbildung der ausschlaggebende Faktor. Weiter sagt das Blatt:

„Die Zentrumskoalition dürfte sich, wie es ihre Führer ja auch schon im Wahlkampf erklärt haben, nach wie vor bereitfinden, mit jeder Partei in einer gemeinsamen Regierung zusammenzuwirken, die willig ist, den bisherigen außenpolitischen Kurs weiter innezuhalten und es ablehnt, mit dem deutschen Volke gefährliche Experimente zu machen.“

„Berliner Tageblatt“

schreibt den Bürgerblock abzulehnen und wünscht die große Koalition. Das Blatt schreibt:

„Die Demokraten haben keine Benachteiligung, nach dem jahrelangen Kampfe gegen die Politik direkt oder indirekt zu fördern, die das deutsche Volk durch die Proklamierung eines bürgerlichen Klassenkampfes und durch eine völlige Umkehrung der Außenpolitik an den Rand des Verderbens bringen müßte.“

Überdies hängt die Existenz des Bürgerblocks von zwei Voraussetzungen ab. Erstens müßte das Zentrum geneigt sein, eine solche Koalition einzugehen. Taran darf man im Augenblick wohl zweifeln. Zweitens müßten die Deutschnationalen klipp und klar erklären, daß sie das Sachverständigengutachten als Verhandlungsbasis anerkennen und die Erfüllungspolitik zu übernehmen bereit wären. Nachdem der verordnete Abgeordnete Dr. Geffertich das Gutachten als ein „zweites Seislaß“ bezeichnet hat, dürfte ihnen eine solche plötzliche Umkehr nicht leicht fallen.“

„Vorwärts“

erörtert die Frage eines Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung überhaupt nicht und meint:

„Ob die Deutschnationalen sich für das eine oder für das andere, für die Fortsetzung der Demagogie oder für die Stillung ihrer Wahlverheißungen entscheiden werden: die Zukunft und die Dauer des neuen Reichstags ist jedenfalls auf das höchste ungewiß. Wollen sie ihre Zustimmung zur Erfüllungspolitik erkaufen um den Preis von Ministerposten und eines reaktionären Kurzes in der inneren Politik, so wird die Sozialdemokratie, immer noch die stärkste Fraktion des Reichstags, mit ihrer ganzen Kraft sich diesem Rechtskurs entgegenzusetzen. Wollen sie aber die Lösung der Reparationsfrage verhindern, so wird die Entscheidung über das Schicksal des neuen Reichstags sehr bald fallen müssen.“

Deutschvölkische Einseitigkeit. Rechtsblock. — Parlamentarische Obstruktion. — Kagerparlamentarische Nachmittel.

Berlin, 7. Mai. Die Abgeordnetenzahl im neuen Reichstag und die Stärke der einzelnen Parteien und Gruppen steht nunmehr fest. Damit ist das Signal zum Beginn eines großen Rätselraus über die Möglichkeiten einer kommenden Regierungsbildung gegeben. In der Tat, schon jetzt werden alle möglichen Berechnungen angestellt, aber kaum eine führt zum Ziel. Entscheidend für die Zusammenfassung der neuen Regierung ist vor allem die

Stellung der Parteien dieser Regierung zu dem Sachverständigenentschieden.

Jetzt, wo die Gefahr aufsteht, eventuell an verantwortlicher Stelle in der Regierung Farbe bekennen und über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden zu müssen, hüllen sich die Deutschnationalen in Schweigen. Entsprechend ist die Haltung der deutschnationalen Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt zu der Behauptung, daß der neue Reichstag eine Mehrheit für die Annahme des Gutachtens darbiete, lediglich: „Hinter diese Behauptung möchten wir einweisen ein großes Fragezeichen machen.“ Im hohen Grade schädlich dürfte, so meint die „Tageszeitung“, von vornherein die Stellungnahme des Kabinetts Marx zu dieser Frage (Sachverständigenentschieden) wirken. Auch dieses Blatt vermahnt sich gegen die Auffassung, als wenn die Reichstagswahlen eine klare Mehrheit für eine bedingungslose Annahme des Sachverständigenentschiedens ergeben hätten. Aber klar drückt es sich ebenfalls nicht über die künftige Stellung der Deutschnationalen Fraktion aus. Das Blatt erklärt: „Unsere außenpolitische Situation würde wesentlich besser sein, wenn alle zum mindesten den deutschnationalen Standpunkt nach außen zur Schau trügen, daß wir ebenso wie unser Gegenüber Poincaré zwar das Sachverständigenentschieden noch a limine ablehnen, aber doch über einzelne unannehmliche Punkte verhandeln müssen.“ Ganz klar sieht dagegen die „Deutsche Zeitung“, die dem

völkischen Flügel der Deutschnationalen zum Sprachrohr dient.

Die Deutschnationalen gehören an die Seite des völkisch-sozialen Blocks. . . . Sie haben in ihrer eigenen Fraktion die schärfsten Gegner der Erfüllungspolitik nicht mehr als je zuvor.“ Daher bezeichnet das Blatt die Bildung einer Regierungsmehrheit aus den bürgerlichen Parteien der Mitte als Betrug. Ein Bündnis von Deutschnationalen und Zentrum mit der Deutschen Volkspartei wäre nicht der „Bismarck-Block“ vom Mai 1889, sondern lediglich der „Kauisch-Block“ von 1909. Unmöglich könne Herr Engel zu Herrn Marx gehen, um diesen abgejagten Führer zum Eintritt in seine Regierung zu bewegen, wie es nach dem Wahlsieg 1920 der Volksparteier Dr. Hejzige bei Hermann Müller getan habe. „Es würde wahrhaftig die Einheit der Fraktion schon über dieser Frage zerbrechen.“ Daher müsse die Deutschnationalen Fraktion nach der Auffassung des Marxenscher Typus zunächst in unabdingbarer Einheitsfront mit den anderen Gruppen bleiben, die sich bisher schon gegen die Erfüllungspolitik ausgesprochen haben.

„Die Regierung der bürgerlichen Mitte dürfen die Deutschnationalen nicht wollen. Es bleibt nur die nationale Regierung in Gemeinschaft mit den anderen Bestandteilen der bisherigen nationalen Opposition und mit selbstloser Vertretung aller nationalen Gedanken, ohne Kompromisse mit den bisherigen Erfüllungsparteien!“

Für die völkisch-deutschnationale Ehe errechnet das Blatt zwar nur 174 Mandate. Diese 174 Abgeordneten müßten sich zu einer festen Reichstagsgemeinschaft zusammenschließen. Sie müßte vom Reichspräsidenten Ebert erzwungen, daß er ihre Führerfraktion, die Deutschnationalen, mit dem Reichskanzlerposten betraut und ihr die Aufgabe gibt, die neue Regierung zu bilden. . . . Befragt der Reichstag ihr das Vertrauen, so müßten sie von Herrn Ebert die Auflösung

des Reichstags erzwungen: . . . Weigert sich der Reichspräsident diesem entscheidenden Willen des nationalen Volkes nicht, so kommt der Volksentscheid, „der das Ebert-Verhängnisgesetz des verhassten Reichstages aufhebt und die Neuwahl des Reichspräsidenten erzwingt“. Hilft das noch nicht, was dann? Dann wird die „parlamentarische Obstruktion, der von der Stimmung der Bevölkerung getragenen nationalen Parteien, unterstützt durch das ebenso rücksichtslose Einsehen der außerparlamentarischen Machtmittel, die die hinter ihnen stehenden Volksschichten in wirtschaftlicher Beziehung besitzen“. So kann der Sieg der nationalen Sache nicht fehlen.“ Wie es dabei dem deutschen Volke und der deutschen Abhaltung ergeht, das spielt offenbar dabei keine Rolle!

Poincaré benutzt das Wahlergebnis als Agitationsmittel.

Paris, 6. Mai. Der Ministerpräsident Poincaré hielt heute auf einem Bankett der französischen Handelskammern eine Rede, in der er sich zunächst über die französischen Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten äußerte. Bis 1914 seien die Beziehungen Frankreichs zum Auslande durch Verträge geregelt gewesen, die die gegenseitige Wirtschaftsförderung und Handelsbeziehungen von durchschnittlich einem Jahre vorgezogen hätten. Seit dem Waffenstillstand habe Frankreich jedoch erkannt, daß die internationalen Wirtschaftsverhältnisse ihm für eine gewisse Zeit nicht mehr gebieten, sich durch allzu lange Konventionen zu binden.

Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland.

Französische Pressestimmen zu den Reichstagswahlen.

Paris, 6. Mai. Die Partei des unerschütterlichen Widerstandes gegen die Alliierten und der Koalition gegen Frankreich, schreibt „Populaire“, werde im neuen Reichstag eine sehr unbedeutende Rolle spielen, und die Nationale Block in Frankreich werde sich ihrer kaum mehr als Schreckgespenst bedienen können, um die Wähler von der Nichtigkeit und Notwendigkeit seiner Politik zu überzeugen. Als besonders erfreulich bezeichnet es das Blatt, daß trotz des ungleichen Erfolges der Kommunisten die Sozialdemokratie nach wie vor unter den politischen Parteien Deutschlands an erster Stelle stehe. Man dürfe sich darüber um so mehr freuen, als man auf weit größere Verluste gefaßt gewesen sei. Die Kommunisten hätten allen Grund, nicht allzu laut über ihren Sieg zu jubeln. Sie brauchen nur ihre eigenen Stimmen und die der Sozialdemokratie zusammenzuzählen, um zu erkennen, daß die Arbeiterfraktion im neuen Reichstag weit weniger stark vertreten ist als im alten. Es habe sich auch einmal wieder gezeigt, daß die Politik der Spaltung und Uneinigkeit nur zu einer Schwächung des Proletariats führe. „Peuple“ meint, die Kommunisten hätten in reichem Maße von der Erbitterung der Arbeiterfraktion über die ultranationalistischen Provokationen, über die miserablen Existenzbedingungen und die schamlose Ausbeutung des Unternehmertums profitiert. Diese Stimmung habe es den Kommunisten leicht gemacht, die Truppen der ehemaligen unabhängigen Sozialdemokratie zu sich herüberzuziehen. Von der alten sozialdemokratischen Arbeiterfraktion hätten sie offenbar keine Stimmen erhalten. Der radikalsoziale „Paris Soir“ tritt einem von der nationalistischen Presse verurteilten Mandat entgegen mit der Erklärung, es sei einfach lächerlich, behaupten zu wollen, daß die französische Außenpolitik keinerlei Einfluß auf den Ausgang der Wahl im besetzten Gebiet gehabt habe. Der kommunistische Erfolg im Industrieregion sei im Grunde nichts anderes als der Protest der Arbeiterfraktion gegen die Besetzung. Poincaré habe sich als ein glänzender Werber für die dritte internationale erwiesen. Das Blatt meint, wenn die Wahl einige Wochen später

abgehalten wäre, so daß die Besetzung, welche die internationale Lage erfahren habe, sich hätte ändern können, der Erfolg der Nationalisten wäre erheblich geringer gewesen wäre. Immerhin sei durch das Ergebnis die Lage keineswegs so, daß es keinen Ausweg mehr gäbe. Wenn am nächsten Sonntag in Frankreich die Wahlen für, dann werde man trotz allem noch immer mit einer raschen Lösung des Reparationsproblems rechnen dürfen.

„Oeuvre“ stellt fest, daß man in den nationalistischen Kreisen, wo man auf einen weit größeren Erfolg der extremen Rechten gehofft habe, stark enttäuscht ist, da man nunmehr um eine zugkräftige Wahlparole gekommen sei. Darin scheint sich das Blatt allerdings zu täuschen. Der „Nationale Block“ ist nicht so leicht in Verlegenheit zu setzen. Schon jetzt versucht die nationalistische Presse, das deutsche Wahlergebnis zu falschen, indem sie den Stimmenzuwachs der Deutschnationalen einfach den Völkischen zuzählt, um so den Erfolg der Ludendorff-Partei zu erhöhen. Noch schlimmer ist die Strunnenvermittlung, deren sich gewisse offizielle Stellen schuldig machen, die erklären lassen, daß die deutschen Nationalisten weit mehr Stimmen erhalten hätten, als die bloßer veröffentlichten Zahlen anzuweisen, da die Rechte, um das Ausland zu täuschen, einen Teil ihrer Anhänger unter falscher Färbung wählen lassen. Die außenpolitischen Folgerungen, die von der nationalistischen Presse Frankreichs aus dem Ergebnis der Reichstagswahl gezogen werden, sind natürlich die, daß die bisherige Politik Frankreichs ihre volle Rechtfertigung erfahren habe.

Man werde der französischen Regierung nicht länger zusehen können, dem deutschen Volk irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen und ohne entsprechende Garantien auf die Pfänder im Ruhrgebiet zu verzichten. Auch Kamaj MacDonald werde das nunmehr einsehen müssen. Erfreulich ist demgegenüber, daß selbst der „Temps“ sich bemüht, eine gewisse Demagogie mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Er weist darauf hin, daß die nationalistischen Parteien in Deutschland trotz ihres Stimmenzuwachses im Reichstag nur eine Minderheit bilden und daß deshalb noch immer möglich

keiten für eine Verständigung mit Deutschland beständen.

Englische Pressestimmen.

Die Reaktion auf Poincarés Politik.

London, 6. Mai. Die englische öffentliche Meinung beurteilt den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen bezüglich vom Gesichtspunkt der europäischen Bestrebung durch den Sachverständigenplan. Überstimmungen hat nur der Gewinn der Kommunisten hervorgerufen. Allgemein ist die englische Presse mit ihrem Urteil viel zurückhaltender als die französische Presse. Nur „Daily Mail“ macht eine Ausnahme und nennt das Wahlergebnis eine Ohrfeige für die Alliierten. Groß ist das Rätselraten über die Regierungsbildung. Allgemein wird überall ein Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zur Durchführung des Sachverständigenplanes angenommen, aber auch die Möglichkeit eines Umfalls der Deutschnationalen in Betracht gezogen. Besonders erörtert werden die Schwierigkeiten für eine kommende Regierung der Mitte wegen der mangelnden Zweidrittelmehrheit im neuen Reichstag. Einstimmigkeit herrscht über die Gefahr einer deutschen Reichsregierung für Europa. „Morning Post“ nennt die Möglichkeit einer Verzerrung des Sachverständigenplanes eine Herausforderung nicht nur Europas, sondern auch Amerikas, die Deutschland isolieren würde wie zur Zeit des unbeschränkten Unterjochkrieges.

„Times“ nennen die durch die Neuwahlen geschaffene Situation äußerst bedauernd; die Aussichten für die Durchführung des Sachverständigenberichtes seien zweifelhaft. Durch eine Ablehnung werde jede Hoffnung auf eine Wiedergeburt Europas zerfallen. Westminster Gazette“ sieht in dem Wahlergebnis eine Reaktion auf Poincarés Politik. Die mangelnde Zweidrittelmehrheit für eine Regierung der bisherigen Konstellation im neuen Reichstag lege das Schicksal Europas in die Hände der Deutschnationalen. Nur eine vernünftige Politik Frankreichs könne diese Schwierigkeiten zugunsten des Friedens überwinden. „Manchester Guardian“ erklärt, der neue Reichstag sei gleichartig ein Zeichen der Hoffnung und eine Warnung für Europa.

Pfauenstreife.

Daum ist ein kleiner Vögelchen nahe bei Urecht in Holland. (Er könnte übrigens ebenso gut in Deutschland oder anderswo liegen.) Es wohnt dort lauter behäbige Leute, die etwas vor sich gebracht haben. Sie pflüchten die aussergewöhnlichen Tulpen und halten in ihren Höfen Pfauen, an deren himmlischem Gesieder sie sich ergötzen. Wenn der Hüter der Ordnung in Baarn, von den Geflügelern her, das übermäßige, häßliche Geschrei der Junodgel hört, ist er verärgert. Dann steht alles gut in Baarn. Man sieht sich. Man weiß, was man hat und was man wert ist.

Auf Kunst und ähnliche Scherereien ist man in Baarn nicht eingerichtet. Rüst den Baarnern einmal ein Unbehagen zu, der den Ungehörigen, die Nacht in einem gedeckten Raum zu verbringen, denn gibt es für solche Zwecke hinter dem Polizeibureau ein kleines abseitsstehendes Häuschen, wo man früher, als es noch nicht so idyllisch in Baarn hinging, Diche, Einbrecher und ähnliche Erwerbskategorien internierte, die sich, in Ermangelung eigener Kabinen, an den Wänden der Baarner Bürgerfraktion schablos zu halten gedachten.

Natürlich dreht man auch hinter freiwilligen Insassen dieses durch Tradition geweihten Hauses den Torschlößel zweimal um: denn man kann nie wissen, auf welche Gedanken und Wege sich ein Mensch des Nachts gerät.

Wo geschah es auch dem ebdahlofen Weiler, der kürzlich eines Weibchens bei der Polizei in Baarn um Unterkunft für die Nacht ansuchte. Man schloß ihn in das leerstehende Häuschen hinter dem Polizeibureau ein, und der diensthabende Polizeibeamte verzeichnete seinen Namen säuberlich und vorchriftsmäßig im Nachtragebuch.

Tamit hatte er, seiner Meinung nach, alles getan, was Humanität und Gesetz von ihm forderten. So ging er denn um 11 Uhr nachts, als die Abkühlung kam, leidend schlafen.

Der abführende Beamte erfüllte seinerseits, ohne überflüssiges Nachdenken und keines aufregenden

Zwischenfalls gewärtig, die wenigen Bedürfnisse, die der geruhame Mensch gewohnterweise von ihm erfordert. Das konnte denn auch besonders los sein an einem Ort, in dem lauter Tulpenzüchter und Pfauenamateure saßen? Ihn löste wiederum ein anderer gleichermäßen ruheliebender Kollege ab. Und so spannt sich der Polizeidienst in Baarn tags- und nachts weiter, ohne daß etwas Reminiszenzverdes sich ereignete hätte.

Schließlich, daß der Portier im benachbarten Rathaus (der auch einen sehr gemächlichen Dienst hat) einige Nächte hindurch besonders andauernde Pfauenstreife zu hören vermerkte, worauf er auf eine außerordentliche Ursache in der Baarner Vogelwelt schloß: was aber ihn, als Nichtzoologen, wenig zu interessieren brauchte.

Übrigens wurden die Schreie von Nacht zu Nacht schwächer und verstumten endlich ganz.

Es mußte also, dachte der Rathausportier, wieder der Normalzustand eingetreten sein: monach Pfau in der Regel nur bei Tag schreien.

Auch sonst herrschte in dem Villenort Baarn der oblige, durch keinerlei Aufregung getriebene Ruhestand. Bis plötzlich eines Abends, 18 Tage nach jenem ersten, ein zweiter Obdachloser um ein Nachquartier eintrug. Natürlich verzweifelte die Erfüllung dieser Bitte wieder allerhand Plakereien. Aber was tut man nicht alles aus christlicher Nächstenliebe!

Der diensthabende Portier begab sich also mit dem Gast nach dem Häuschen hinter dem Polizeibureau, um ihn in dem für solche Fälle bestimmten Raum unterzubringen. Beim Öffnen der Tür strömte ihm ein mephistischer Duft entgegen: am Boden lag, mit allen Anzeichen beginnender Verwesung, ein Fötus.

Es war der Weiler, den man, vor 18 Tagen, hier eingeschlossen hatte.

Der herbeigeholte Arzt stellte die Diagnose: verhungert! Das Wyl ist, wie die Untersuchung ergab, so sunnrich konträrkt, daß alles Klopfen des Eingeshlossenen vergeblich sein mußte und sein Schreien nur klug wie ferner Pfauenruf.

In Holland herrscht es des vergessenen und verunglückten Weilers allgemeine Enttäuschung. Man wird die schuldtragenden Polizeibeamten zur Verantwortung ziehen. Aber der Prozess wird den toten Vorgängen nicht aufwachen. Und auch nicht verhindern, daß analoge Fälle von „Vergesslichkeit“ sich in Zukunft wieder ereignen können.

So, es läge vielleicht sogar im Bereiche des Möglichen, daß man gegebenenfalls auch den Pfauen, wenn er in Baarn ein Nachtlager anlockte, unter Beschluß setzen und tann vergessen würde. So, daß er nicht einmal in die Lage käme, sein Menschenrechtsgewerk zu vollenden, und sein Ruf nur wie ferner Pfauenstreife durch die Nacht klinge. Max Adler.

„Die Bewußtseinskrise in der Gegenwart.“ Das die Welt so ist, wie wir sie anschauen, daß ihre Gestaltung also von der Art und Qualität unserer Bewußtseinsinhalte abhängt, ist, bis zu einem gewissen Grade, überlänglich wahr: aber in dieser Modifikation schon liegt eine sehr wesentliche Korrektur der cartesianischen Fundamentallehre: „Nur indem ich denke, bin ich“, in ihr liegt zugleich ein unbedingtes Hinwegschieben über den schroffen Subjektivismus der klassischen deutschen Philosophie. Es bleibt eben ein höchst lebendiger Rest, der durch noch so große Klarheit, durch so noch kritischer Analysieren und Reformieren des Bewußtseinsinhalts nicht aus der Welt zu schaffen ist. Unter dieser Einschränkung kann man sich über die Darstellung, die Johannes Werner Klein (Hamburg) in den Abstrakten des Künstlerhauses (im Rahmen der Christengemeinschaft) von der Bewußtseinskrise der Gegenwart gab, nur anerkennen freuen: denn sie ist ein sprechendes Symptom der schweren Bewußtseinskrise des zeitgenössischen Intellektualismus. Klein erkennt, wie wie die schreibbare, Ged- und Himmel mathematisch einende Ganzheit des heidnischen Lebensgefühls verloren haben, wie wir auch von der rein geistigen Hellerfassung der mittelalterlichen Kirche abgefallen sind, wie in unserer

ebenbedenklichen Tiefe die Dämonie der vergotteten Materie über uns mächtig geworden ist, wie Fabrike, Eisenbahnen, Ruß der Städte unsere Anschauung der Dinge aufstellen, wie eine dem Stofflichen verhaftete Willenshaft die menschlichen Kräfte anläßt und unterbindet. Klein hat ein starkes Empfinden von dem Verlust an Vitalität, den wir durch diese Wendung zu dem Bewußtseinsinhalten der Welt erleiden haben. Sein Denken freit energiegelad um die Fortsetzung einer neuen kulturellen Bildung, zu der uns eine gedöberte Wiederstellung, ein neuer Bewußtseinsinhalt, ein erneuertes ethogenes Johannes Christentum führen sollen. War: er überleht, daß eben dieses Begriffsdenken und eben diese Überbetonung des Ich und des Ichbewußtseins selbst zu den Grundkrankheiten des modernen Intellektualismus gehören. Charakteristischweise empfiehlt er denn auch als Heilmittel Regel (dessen hyperintellektualistische und hyperobjektivistische Philosophie sich kritisch als Vergiftung des altpreussischen Standes ausdrückt) und das komplizierte begriffliche System der Steinerschen Anthroposophie. Andererseits gab der ethisch-johanneische Vortrag manch schon treffende Normierung, manch wertvolle Erhellung bedeutsamer, noch wenig begriffener Zusammenhänge von Weltempfinden und Lebensgestaltung. Max

In der Sächsischen Landesbibliothek (Japanisches Palais) ist heute, von 4-6 Uhr, das Zimmer der Hofbibliothek und die Jakob-Krause-Ausstellung geöffnet.

Die Sächsische Landesbibliothek bittet uns, nochmals darauf hinzuweisen, daß in der Buchhandlung von Richter in Dresden-Blasewitz, Ertelstr. 2, 2 (nicht am Schillerplatz) eine Vermittlungsstelle besteht, wo Bücher der Landesbibliothek bestellt und abgeholt werden können.

Musiknachrichten. f. Sanna van Rijn, die bekannte Dresden-Konzertdirigentin und Gesangslehrerin, ist am 30. v. M. plötzlich während einer Operation verstorben.

Der deutsch-russische Zwischenfall.

Die völkerrechtliche Seite des Zwischenfalls.

Von Dr. Hans Wehberg.

Zu den wichtigsten Grundfragen des Völkerrechts gehört die Exterritorialität der diplomatischen Agenten. Sie umfasst, außer der persönlichen Unantastbarkeit, vor allem auch die Unbetretbarkeit der Wohnung des Gesandten. Diefelben Vorrechte, wie der Gesandte selbst, genießen seine Familienmitglieder, sein Geschäftspersonal, ja sogar seine Dienerschaft, soweit sie nicht etwa aus Angehörigen des Empfangsstaates besteht. Die Exterritorialität der Gesandtenwohnung wurde ursprünglich so weit ausgedehnt, daß sie sich auf den ganzen Stadteil bezog, in dem das Hotel des Gesandten lag. Auch galt anfangs für das Gesandtenviertel das sogenannte Asylrecht, so daß ein Verbrecher, wenn er in das Gesandtenviertel flüchtete, unter dem Schutz des Gesandten stand. Das führte zu solchen Mißbräuchen, daß die Staaten sich weigerten, Gesandte zu empfangen, die nicht vorher auf die Quartierfreiheit und das Asylrecht verzichtet hatten. So verschwanden allmählich diese beiden Rechte, und es blieb nur noch das Prinzip der Unbetretbarkeit der Wohnung des Gesandten übrig, und auch nur insoweit, als es zum Schutze der Person des Gesandten erforderlich scheint. Verbrecher, die sich in seine Wohnung flüchten, hat der Gesandte anzuliefern.

Daraus ergibt sich, daß die Unbetretbarkeit der Wohnung des Gesandten keine absolute ist. Weigert sich der Gesandte, einen Verbrecher, der sich in seine Wohnung geflüchtet hat, anzuliefern, so sind die Behörden des Empfangsstaates berechtigt, das Haus zu umstellen und zu durchsuchen, falls in dasselbe eingedrungen. Freilich darf das letztere nur in den allerdringendsten Fällen geschehen, nachdem der Gesandte um die Auslieferung des Verbrechers ersucht worden ist. Diesen Standpunkt hat die bedeutendste russische Autorität des internationalen Rechts, Prof. v. Martens, in ihrem „Völkerrecht“ (II S. 48) folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

„Der Gesandte ist verpflichtet, den Verbrecher, der sich in seinem Hause oder Hofen verbirgt, anzuliefern. Weigert er sich, dieser Verpflichtung nachzukommen, so darf die lokale Obrigkeit ihren Anspruch mit Gewalt durchsetzen. Nur hat die Person des Gesandten unangefastet zu bleiben.“

Selbst wenn also die russische Handelsvertretung als extraterritorial zu betrachten wäre, so könnte keine Rede davon sein, daß die am 3. Mai von der Berliner Polizei vorgenommene Durchsuchung der Räume der Handelsvertretung ohne weiteres dem Völkerrecht widerspräche. Es käme dann vielmehr lediglich darauf an, festzustellen, ob die polizeilichen Organe — unter der Voraussetzung der Dringlichkeit des Falles — mit der nötigen Umsicht zu Werke gegangen, ob sie insbesondere vorher sowohl mit der russischen Botschaft wie mit dem Deutschen Auswärtigen Amte in Verbindung getreten sind, bevor sie die Durchsuchung vornahmen.

Kann man aber zudem von deutscher Seite entschieden behaupten, daß die russische Handelsvertretung extraterritoriale Rechte genieße. Zur Beantwortung dieser Frage kommt es darauf an, ob die Handelsvertretung als Spezialabteilung der russischen Botschaft oder gewissermaßen als ein russisches Generalkonsulat anzusehen ist. Es scheint, daß die letztere Auslegung der besonderen Natur der Handelsvertretung mehr Rechnung trägt. Bekanntlich stehen den Konsulen die diplomatischen Vorrechte und

Beziehungen nicht zu. Freilich könnte man sich dann, wenn die Handelsvertretung als ein Amt konsularer Art zu betrachten wäre, die Unbetretbarkeit der Räume der russischen Handelsvertretung vertraglich vereinbart sein. Das ist aber, meines Wissens, nicht der Fall. Der Kapollovertrag hat lediglich bestimmt, daß die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjet-Republik vom 6. Mai 1921 in Art. II dem Weiter der durch eine Handelsvertretung erweiterten russischen Delegation für Kriegsgefangenenfürsorge die Vorrechte und Befreiungen der Chefs diplomatischer Missionen zugesichert. Daß selbst durch eine solche Bestimmung keineswegs jede Durchsuchung der Handelsvertretung ausgeschlossen würde, ist bereits oben gezeigt worden. Aber abgesehen davon müssen die dem Weiter der russischen Handelsvertretung eingeräumten diplomatischen Vorrechte in dem Augenblick als beseitigt gelten, da eine russische Volkspolizei in Berlin errichtet wurde und die Handelsvertretung nicht mehr, wie bisher, als die einzige Vertretung des russischen Staates in Deutschland zu betrachten ist.

Demnach dürfte das Auswärtige Amt im Recht sein, wenn es darauf hinweist, daß die von der Handelsvertretung genieteten Gebäude nicht etwa die besonderen Vorrechte der hier beglaubigten Missionen genießen. Immerhin ist mit dieser Darlegung des Rechtshandpunktes der Fall nicht erledigt, und es ist weiter zu prüfen, ob von den Polizeibehörden in allen Einzelheiten der Sachverhalte der Tat gewahrt worden ist, der im Bereiche gegenüber den Vertretungen ausländischer Staaten, selbst soweit sie keine diplomatischen Vorrechte genießen, unbedingt beachtet werden muß. Insbesondere, ob dies geschehen, wäre nur nach genauer unparteilicher Prüfung aller Tatsachen möglich.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß Sowjet-Rußland, so sehr es auch das Völkerrecht als ein Recht der Bourgeoisie abzulehnen geneigt ist, doch immer wieder zur Verteidigung seiner angeblichen Rechte auf dieses Völkerrecht zurückgreift.

Der Präsident der Sowjetrepublik über den Zwischenfall.

Moskau, 6. Mai.

Gegenüber dem Vertreter eines Moskauer Blattes hat der Vorgesetzte des Rates der Volkskommissare, Kozlov, sich über den Zwischenfall in der Berliner russischen Handelsvertretung wie folgt geäußert:

„Das Mißverständnis läßt sich entweder erklären als ein von der deutschen Regierung nicht vorhergesehener Zufall, der in einem Übergreif der preussischen Polizei besteht, oder er ist ein dermaßen unvernünftiger Übergriff, daß es schwer ist, seine Gleichen zu finden. Wenn es sich um ein mißglücktes Bahnanwärter der deutschen Regierung handelt, wird sie das Geschehene tief bedauern, denn ein derartiger Mißbrauch muß für Deutschland schwere Folgen nach sich ziehen.“

Die Note des Außenministeriums an den russischen Botschafter in Berlin wird in ähnlichen Kreisen nur unter dem Gesichtswinkel verstanden, daß sich in der deutschen Außenpolitik ein Austausch vollziehen mußte.

Trotz dem sagt so ist und kein Mensch an einen solchen Austausch auch nur denkt, liegt

eigentlich so klar auf der Hand, daß man es auch in Moskau verstehen sollte.

Protestmaßnahmen der Sowjetregierung.

Berlin, 6. Mai.

Im Zusammenhang mit der Schließung der Sowjet-Handelsvertretung sind von russischer Seite folgende Maßnahmen getroffen worden:

1. Die Teilnahme an der Kölner Messe wird aufgegeben;
2. die Rauchwarenauktion in Leipzig findet nicht statt;
3. die Filialen der Handelsvertretung in Hamburg und Leipzig werden geschlossen;
4. die für Rönigsberg geplante Filiale wird nicht eröffnet;
5. seit Montag ist der Verkauf von russischem Getreide in Deutschland eingestellt;
6. Getreide Transporte in deutsche Häfen finden nicht mehr statt;
7. die für Deutschland bestimmten Eisen sendungen aus der Ukraine sind über Danzig nach England geleitet worden, das gleiche wird mit zwei anderen Sendungen geschehen;
8. der Beamtenbestand der Handelsvertretung wird zum 15. Mai um 25 Proz. verringert, später soll die gleiche Einschränkung der Beamtenzahl wiederholt werden;
9. der Eintritt in die Handelsvertretung für Vertreter deutscher Firmen findet nur noch von 11 bis 12 Uhr vormittags statt, ebenso die telephonische Verbindung, die von einem besonderen Beamten kontrolliert wird;
10. allen Handelsvertretungen ist die Schließung der Berliner Vertretung angezeigt worden;
11. die Abteilungen der Truks, Syndikate und des Zentralfiskus sind ebenfalls geschlossen worden, der Vertreter des „Kommunisten“, der einen früheren Abschluß machen sollte, hat Berlin verlassen.

Phantastereien Litwinow's.

Moskau, 6. Mai.

Die Hausdurchsuchung in dem Gebäude der Berliner Handelsvertretung der Sowjetregierung nahm Litwinow zum Anlaß einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Koska“. Die Sowjetregierung verfolge noch nicht über alle Einzelheiten und könne daher einen endgültigen Beschluß über die Verantwortung der

Freien Herausforderung der deutschen Behörden auch noch nicht fassen. Der sinnlose Überfall auf die Handelsvertretung sei nicht nur eine formelle Verletzung der Exterritorialität und damit eine Verletzung gegenüber der Sowjetregierung, sondern er beruhe auch die Handelsvertretung der Voraussetzungen für eine normale Geschäftsabwicklung. Die Exterritorialität der Handelsvertretung sei im Abkommen von 1921 festgelegt und durch den Kapollow-Vertrag bestätigt.

Im zivilisierten Deutschland müßte sogar eine Hausdurchsuchung in einer privaten Handelsgesellschaft als ungesetzlich gelten. In Moskau sei bisher niemals eine Hausdurchsuchung bei einem deutschen Konfessionar vorgekommen. Die Erklärungen des Deutschen Auswärtigen Amtes über die Handlung der Polizei müßten wie ein Schwanz an den Füßen nicht ernst genommen werden. Nach der herausfordernd gehaltenen Note des Auswärtigen Amtes sei jeder Zweifel geschwunden, daß die deutsche Polizei im Einverständnis mit den zentralen Regierungsstellen vorgegangen sei.

Die Frage, ob der Zwischenfall das Ende des Freundschaftsverhältnisses zwischen Deutschland und Rußland bedeute, müßte selbstverständlich von einem Sachverständigen beantwortet werden. Es könne keinen Augenblick angenommen werden, daß die deutsche Regierung den zwischen der Sowjet-Union und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen ein Ende machen wolle. Die überraschende Haltung der deutschen Behörden lasse sich erklären in Verbindung mit den französisch-deutschen Reparationsverhandlungen und mit der englisch-russischen Konferenz in London. Es geht nicht, daß gewisse deutsche Geschäftsleute besorgt den Ausbruch einer russisch-englischen wirtschaftlichen Konkurrenz und damit der Erweiterung der englischen Einfuhr auf Kosten der Deutschen entgegenstehen und somit an der Sprengung der Londoner Verhandlungen ebenso interessiert seien wie Poincaré. Der Berliner Überfall sollte ein Handluch für Poincaré und eine Wendung über die Abwicklung der deutsch-russischen Beziehungen sein. Andererseits dürfte die Hoffnung bestanden haben, in dem Gebäude Wäffen und kompromittierendes Material zu finden, um MacDonald Angst einzujagen, die Londoner Konferenz zu sprengen. Die Handlung der deutschen Behörden könne somit als eine mißlungene französisch-deutsche Versöhnung gegen die Londoner Konferenz betrachtet werden.

Die deutsche Regierung müßte begreifen, daß der Zwischenfall den deutsch-russischen Beziehungen bereits einen empfindlichen Stoß versetzt habe. Von der deutschen Regierung werde es abhängen, den bedauerlichen Zwischenfall wieder gutzumachen und den schweren Folgen vorzubeugen, die sich unvermeidlich einstellen werden, falls an der Einstellung des Auswärtigen Amtes festgehalten werden sollte. Die Sowjetregierung sei sehr überzeugt, daß die deutsche Regierung die Aufrechterhaltung und Festigung freundschaftlicher Beziehungen nicht geringer einschätze als die Sowjetregierung, und genügend guten Willen an den Tag legen werde, um den bedauerlichen Fehler wieder gutzumachen.

Die russischen Diplomaten, so schreibt der „Sowjet-Parlamentarier“ zu obiger Ausführung, haben es noch immer gut verstanden, Tatsachen zu verstehen. Auch Herrn Litwinow kann man diese Fähigkeit nicht absprechen. Er unterstellt der Reichsregierung Absichten, die sie schon deshalb nicht gehabt haben dürfte, weil sie mehr Sorgen hat als ausgerechnet die russisch-englische Konferenz zu sprengen. Ober sollte Herr Stresemann vielleicht doch mit den Angehörigen der russischen Handelsvertretung die Abmachung getroffen haben, den verhafteten Kommunisten zu befreien, um die von Litwinow unterzeichnete Absicht zu verwirklichen? Selbst dann blieben die russischen Kommunisten, die in der Handelsvertretung in Berlin ihr Brot fanden, immer noch die eigentlichen Urheber des Konflikts und müßten von der russischen Regierung wegen Schädigung russischer Interessen vor Gericht gestellt werden. Aber es ist zweifellos, den Erklärungen Litwinow's eine besondere Entgegnung zu widmen. Tatsache ist, daß die Kommunisten die Schuldigen des Vorfalls sind und die Reichsregierung gar keinen Anlaß hat, sich bei der Sowjetregierung großartig zu entschuldigen. Wer das Unrecht in einem Maße mißbraucht, wie die Angehörigen der Sowjetvertretung in Deutschland, der muß schließlich auch darauf gefaßt sein, mit den Diktoren der deutschen Geleise in Konflikt zu geraten.

Wichtige russische Zugeständnisse in London.

London, 6. Mai.

Die „Morningpost“ will wissen, daß die Moskauer Regierung als Äquivalent für eine Antike der britischen Regierung geneigt sein könnte, die folgenden wirtschaftlichen und politischen Garantien zu gewähren: 1. den Verkauf oder die Abtretung der ost-sibirischen Bahnen an England, 2. die Zurückziehung aller diplomatischen, wirtschaftlichen oder propagandistischen Vertreter, Delegationen, Missionen und Agenten der Sowjetregierung aus Afghanistan, 3. die Schließung des in Tadschik existierenden besonderen Instituts zur Ausbildung kommunistischer Propagandisten und antibrissischer revolutionärer Agenten, 4. die vollständige Einstellung der antibrissischen Propaganda in Persien, sowie Zurückziehung aller Organisationen und Agenten, die im Auftrag oder in Verbindung mit der dritten Internationale in Persien tätig sind.

Die serbische Regierungskrise.

Belgrad, 7. Mai.

Wie in parlamentarischen Kreisen berichtet wird, ist die Krone auf Grund der bisherigen Beratungen mit dem parlamentarischen Führern zum Entschluß gelangt, daß angesichts der Arbeitslosigkeit der parlamentarischen Mehrheit die Auflösung der Skupština derzeit nicht

notwendig erscheine. Deshalb erwarte man, daß der Kandidat der Krone mutmaßlich der tabilale Präsident der Skupština Jovanowitsch oder der Führer des oppositionellen Klodes Danowitsch zunächst damit betraut werde, ein Arbeitstabinett zu bilden, und zwar, wenn möglich, ein Konzentrationstabinett, um allen arbeitwilligen Parteien die Möglichkeit zu bieten, durch den Eintritt in die neue Regierung diesen Absichten zu befähigen. In den Kreisen der Radikalen wird dagegen erklärt, daß jeder Versuch zur Bildung eines Konzentrationstabinetts zurzeit schon aus dem Grunde scheitern müßte, weil die Radikalen unter keinen Umständen in ein solches Kabinett einzutreten würden. Die Frage des Empfanges der kroatischen Abgeordneten im königlichen Palais wurde von der Tagesordnung abgelehnt, weil die Kroaten es ablehnten, selbst um eine Audienz nachzusuchen.

Der Ministerrat hat beschlossen, alle politischen Vereine der Magyaren in der Wojwodina auf Grund des dort in Kraft befindlichen ungarischen Vereinsgesetzes vom Jahre 1879 aufzulösen. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ist nationaler Widerstand die Bildung unpolitischer, kultureller Vereine gestattet.

Kleine Auslandsnachrichten.

Warschau, 7. Mai.

Der polnische Staatspräsident hat den bisherigen Woiwoden von Polnisch-Oberschlesien mit dem Eide in Katowitz ernannt.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die sieben erschienene Nr. 9 des Ministerialblattes für die Sachliche innere Verwaltung enthält Bestimmungen über Abgabe von Eren und Impfstoffen und Ausführung von diagnostischen Untersuchungen durch das Reichsgesundheitsamt, Beglaubigungen von Rentenaustellungen, Erlass der den Krankenkassen durch die Erhebung der Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge entstehenden Verwaltungsstellen, Familienstammbücher, Unfalluntersuchungen und polizeiliche Mitteilungen im Luftverkehr. Grundständige Entscheidungen der Gemeindefiskus, Kassenzellen bei den Gemeindefiskus, Getreidesteuer, Erlass von Erwerbsbüchern für die ehrenamtlichen Mitglieder von Gemeindefiskus, Oberreichliche Reserpässe für Aus-

Ämtliche Devisenkurse.

Berlin, am 7. Mai 1924.

Kriegsblöcke	Notierungen in Mark.			
	7.5	7.5	8.5	8.5
London 100 Gulden	158.10	158.00	157.85	158.05
Paris 100 Franc	1.385	1.385	1.385	1.385
Brüssel 100 Franc	22.24	22.30	21.85	21.95
Amsterdam 100 Franc	56.80	56.90	56.45	56.75
Kopenhagen 100 Kronen	71.72	72.08	71.52	71.88
Stockholm 100 Kronen	111.47	112.03	111.22	111.78
Oslo 100 Kronen	10.57	10.63	10.47	10.63
Reykjavik 100 Kronen	19.05	19.15	18.95	19.05
London 100 £ Sterl.	18.455	18.545	18.455	18.545
New York 1 Dollar	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Franc	27.48	27.52	27.32	27.37
Brüssel 100 Franc	74.81	74.90	74.81	74.93
Amsterdam 100 Franc	58.45	58.75	58.45	58.75
Kopenhagen 100 Kronen	12.96	13.04	13.06	13.14
Stockholm 100 Kronen	1.875	1.885	1.875	1.885
Oslo 100 Kronen	0.475	0.485	0.475	0.485
Reykjavik 100 Kronen	5.86	6.02	5.86	6.02
London 100 £ Sterl.	12.65	12.84	12.48	12.54
Paris 100 Franc	6.38	6.38	6.38	6.38
Brüssel 100 Franc	4.73	4.77	4.73	4.78
Amsterdam 100 Franc	3.09	3.11	3.14	3.18
Kopenhagen 100 Kronen	73.81	74.19	73.81	74.19

Invalidentank

Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden
Tredde, Johannstraße 8.

Dresden.

Bestrafung von Schulverräumnissen.

Nach § 5 des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873 sind die Eltern und Erzieher verpflichtet, schulpflichtige Kinder zum Schulbesuche anzuhalten. Ebenso haben Lehrherren, Dienstherren und Arbeitgeber ihren Lehrlingen, Bediensteten und Arbeitern mündlichen und weiblichen Geschlechts die zum Besuche der Fortbildung-(Berufs-)schule nötige Zeit einzunehmen und sie zum Schulbesuche anzuhalten. Ungerichtfertige oder unentschuldigste Schulverräumnisse ziehen die Bestrafung der Schulpflichtigen, sowie der Eltern, Erzieher, Lehrherren, Dienstherren und Arbeitgeber nach sich, sofern diese ihre Pflichten außer Acht gelassen haben. Die Schulbesucher können mit Geldstrafe bis zu 30 Goldmark bestraft werden, die im Falle der Nichtzahlung nach § 29 des Reichsstrafgesetzbuches in der Fassung der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. 2. 24 in Haft umgewandelt werden können. Als Entschuldigungsgrund für die Schulverräumnisse gilt im allgemeinen nur Krankheit des Schülers oder berufliche Krankheit in dessen Familie, nicht aber: häusliche oder wirtschaftliche Geschäfte, dringende oder aufwändige Arbeiten usw.

Gebühren für Reiseleistungen nach dem Auslande. Reiseleistungen nach dem Auslande werden häufig noch unzureichend freigegeben. Nach Orten in Gebieten, die durch den Reichsverband Deutscher Verkehrsvereine angeordnet sind, oder zur früheren Österreichisch-ungarischen Monarchie gehört haben, werden gegenwärtig mit einigen Ausnahmen (Freie Stadt Danzig, Memelgebiet, Österreich) durchweg die Doppelsteuern erhoben oder besonders vereinbarte Gebühren erhoben. Es sei deshalb auf folgende Punkte hingewiesen:

a) Für Sendungen nach den Polen abgetretenen Orten Oberösterreich gehen nicht die Inlands-, sondern die Auslandsgebühren.

b) Sendungen nach Österreich unterliegen den Inlandsgebühren; zu dem früheren Österreich gehören jedoch nur die früheren Kronländer Ober- und Niederösterreich, Steiermark (ohne den südlichen Teil), Kärnten, Salzburg, Nordtirol mit Bozenland und das Burgenland (mit Ausnahme von Leoben und einigen b-mahnbaren Postorten, die zu Ungarn gekommen sind).

c) Sendungen nach der Tschechoslowakei und Ungarn unterliegen im allgemeinen den Auslandsgebühren, für Biele, Postkarten und Blindenschriftsendungen besteht jedoch eine ermäßigte Gebühr. Zur Tschechoslowakei gehören das GutsMuths-Ländchen, Böhmen, Mähren, der westliche Teil des früheren Österreichs sowie ein Teil des nördlichen Ungarns. Ungarn hat außerdem einen großen Teil seines früheren Gebietes mit Eisenbahnen an Rumänien, einen anderen Teil sowie Kroatien und Slavonien an Jugoslawien verloren.

d) Für Sendungen nach Serbien und dem östlichen Teil des früheren Österreichisch-Schlesien, die an Polen, nach der Bukowina, Eisenbahnen und dem östlichen Teil des früheren Ungarns, die an Rumänien, nach Kroatien, dem südlichen Teil von Steiermark, Dalmatien, Kroatien, Slavonien, dem südlichen Teil des früheren Ungarns und Bosnien-Herzegowina, die an Jugoslawien, nach Süditalien und dem Küstenland mit Istrien, die an Italien gefallen sind, gelten die Auslandsgebühren. Durch die unzureichende Freimachung entstehen Unzutraglichkeiten, da bei Erhebung von Nachgebühren häufig die Annahme verweigert wird. Folglich ist daher angeordnet worden, daß ungenügend freigemachte Sendungen nach den vorbenannten Gebieten den Absendern, soweit sie zu ermitteln sind, zur Vermeidung der Freigebühren zurückgegeben werden. Ohne Verzögerungen wird dies aber nicht abgehen.

Beziehung der Rolläden. Es ist wiederholt vorzukommen, daß Rolläden, die zum Verschluß der Ladenfronten und Schaufenster dienen, infolge Zerreißen oder Versagens des Zugortes oder aus anderen Gründen plötzlich herabgefallen sind und hierdurch Personen verletzt worden sind. Im öffentlichen Interesse wird deshalb an die Inhaber vonäden, die mit solchen Vorrichtungen versehen sind, zugleich unter Hinweis auf die sie treffende Verantwortlichkeit für etwaige Unfälle, die Aufforderung gerichtet, die Beschaffenheit der zur Auf- und Abwärtsbewegung der Rolläden dienenden Vorrichtungen stets auf ihre Sicherheit und Haltbarkeit zu prüfen. Etwas gesunden Mangel sind sofort abstellen zu lassen, und es ist darüber zu wachen, daß das mit der Bedienung der Rolläden beauftragte Personal die Sicherheitsvorrichtungen, wie Sperren und Rostfedern, regelmäßig und in sachgemäßer Weise anwendet.

Übernahme des pädagogischen Instituts durch die Technische Hochschule. Am 5. Mai fand in Gegenwart der Pädagogischen Beamten, des Lehrkörpers des Instituts und zahlreicher Vertreter staatlicher und sächsischer Behörden, durch sächsische Seite die Übernahme des pädagogischen Instituts durch die Technische Hochschule statt. Nach Ansprachen des Unterrichtsministers Dr. Kaiser und des Rektors der Technischen Hochschule, Professor Dr. Regel, kennzeichnete Professor Seyfert die eigentliche Aufgabe des pädagogischen Instituts als die wissenschaftliche Erforschung des Bildungsprozesses und bot seinen Vortrag „Die Bildung des Ausdrucks“ als erste Vorlesung im neuen Semester. Anschließend erfolgte die Einweihung der am pädagogischen Institut bestehenden Herren Studenten Curt Braun vom Friedrich-August-Seminar Dresden-

Streifen, Oberlehrer Emil Pohse vom Seminar Ohsch, Berufsschulleiter Rudolf Rehnert und Pina, Studentent Kurt Müller vom Seminar Dresden-Neustadt, Oberlehrer Alfred Schmidt vom Seminar Frankenberg, Erwin Schumann von der 60. Volksschule Dresden, Studentent Max Schwarz vom Seminar Dresden-Neustadt, Studentent Dr. Adolf Teuscher vom Seminar Dresden-Neustadt, Martin Weise von der 46. Volksschule (Berufsschule) Dresden.

Die Hochschule für Stenographie veranstaltet im 3. Vortragsabschnitt, Ostern bis Mitte Juli, folgende Lehrgänge: Regierungskolleg Prof. Ahnert: Schwierige Kapitel aus der Wadelsberger'schen Systemkunde. Mittwoch 7-8. Studienkolleg Prof. Claus: Sächsische Aufgaben zur Theorie des Wadelsberger'schen Systems mit Besprechungen. Freitag 8-9. Staatsarchivar Dr. Raumann: Die Entwicklung der Schrift und des Schriftwesens vom Altertum bis zur Neuzeit. Freitag 7-8. Studentent Dr. Wendisch: Überblick über die Entwicklung der Geschichte der neueren Stenographie von 1600 bis 1800 in England, Frankreich und Deutschland. Mittwoch 8-9. Jeder Lehrgang kostet 4 M. und umfaßt 8 Stunden. Beginn am 14. bez. 16. Mai 1924 abends in der 9. Volksschule am Georg-Platz, Zimmer Nr. 50. Anmeldungen zu Beginn oder an den Leitern, Regierungskolleg Schumann, Stenographisches Landesamt, Ständehaus.

Der Stenographielehrerprüfung beim Stenographischen Landesamt zu Dresden am 14. und 15. April d. J. haben sich 14 Prüflinge unterzogen, darunter zwei Damen. Von ihnen sind 6 Lehrer, 2 Studienassistenten, 1 Lehrerin, 1 Student, 1 Verwaltungsassistent, 1 Gewerbetreibender, 1 Buchhalter, 1 ohne Beruf. Folgende Herren wurden zuerst: einmal die I., neunmal die II., viermal die III. Sämtliche Prüflinge waren Sachkenner.

Die Feiertage des Allgemeinen Dresdner Einzelhandelsverbandes (AeV) verabreichte bis auf an 350 Personen täglich warmes Mittagbrot. Seit ihrer Gründung, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres in der schwierigen wirtschaftlichen Lage vollzogen wurde, veranlaßte sie bis jetzt rund 100000 Liter Essen an die Familien unter den Armen der Stadt. Leider muß aus technischen Gründen ihr Betrieb eingestellt werden. Zu diesem Zweck findet am Freitag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr in den Räumen des Künstlerhauses, Brunoer Straße, eine jugendliche Abschiedsfeier statt, in der den durch diese Feiertage Gespeisten noch einmal eine frohe Stunde — ähnlich, wie es bereits Weihnachtsfesten geschehen ist — bereitet werden soll. Zu der Feier haben Kammerfräulein Grete Nerren-Rittich und Kammerfräulein Ludwig Ermold ihre Mitwirkung freundlich zugesagt.

Geheimhaltung des Angehörigen. Die Ortsgruppe Dresden des Jugendbundes im G. D. A. veranstaltete am Sonntagabend im Vogenshaus, Ebn-Keller, einen Eltern- und Werksabend. Die nächste Tätigkeit des Jugendbundes wurde auch durch eine sehr reichhaltige Ausstellung veranschaulicht, in der neben jugendlicher Kleidung für Jugendwanderungen von der Wirtschaftskasse in Leipzig auch eigene Arbeiten der Jugendabteilungen zu sehen waren. Gute Bücher dienten als Richtlinie im Kampfe gegen die Schulverlästerer. Nach einer Begrüßungsansprache des Leiters des Jugendbundes Martin Spach der Vorsitzende des Gauzweiges Sandmann einige aufklärende Worte über Berufs- und Jugendbund. Hieraus hielt der stellvertretende Gauzweigsleiter Hermann W. nader einen Vortrag über Wesen und Art des Jugendbundes, der sich drei große Aufgaben zum Ziele gesetzt hat: Die körperliche, geistige und seelische Höherentwicklung der Jugendbündmitglieder, die rechte Auffassung des Berufs als erste und wichtigste Lebensaufgabe und schließlich das Kubieren für das Gesamtwohl des Volkes, dem die Jugend mit ihrem Werk und mit ihrer Persönlichkeit dienen soll. Im zweiten Teil des Vortrags trug der oberländische Heimatdichter Kurt Arnold Hindrissen einiges aus seinen Werken vor und erzielte damit den reichen Beifall aller Zuhörer. Musikstücke und Vorträge, vorgetragen durch Jugendbündmitglieder, umrahmten den wohl gelungenen Abend.

Wegen des Himmelsfallbottes wird der auf diesen Tag fallende **Schindelmärkt** auf Mittwoch, den 28. Mai, verlegt. In der Woche nach Pfingsten wird nur ein Schindelmärkt abgehalten, und zwar Mittwoch, den 11. Juni.

Der Sächsische Verein zur Hebung der Sittlichkeit hielt am Montag in Dresden seine 22. Landestagung ab. Nach dem vom Vorsitzenden Max Röhler gehaltenen Bericht über den Stand der Arbeit in Sachsen ist das abgelaufene Jahr eines der schwierigsten für die Sittlichkeitsbewegung gewesen. Einen furchtbaren Verstoß für die Jugend bildeten die zahlreichen öffentlichen Tanzveranstaltungen. Besonders schlimm läßt es auf dem Lande aus. Die Verhütung, die öffentlichen Häuser einzuschließen, hätten bedauerlicherweise noch zu keinem Erfolge geführt. In der Frage der Gefährdetenfürsorge betont der Bericht die Notwendigkeit der Errichtung von Verwahrungsanstalten, ferner müßte dem Bezug der Jugend vom Lande nach der Großstadt die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. — Hieraus hielt Generalleutnant Lie. Bohm-Berlin einen Vortrag über das Thema „Interessantes über die vier Sittlichkeitsgesetze“. Der Redner stellte zunächst fest, daß in den norddeutschen Ländern die sittlich konsequenteren Verordnungen längst abgeschafft sind, während das deutsche Volk von Unhöflichkeit durchsetzt sei, und erwiderte dann die Gründe der Nichterledigung des Verwahrungsgesetzes, das schließlich zur Ver-

längerung der Gefährdeten und des Weges gegen Schuld und Sühne zum Schutze der Jugend. Zu einem erheblichen Teile sei es die Volkstümlichkeit, die sich bisher hindernd in den Weg gestellt habe, indessen habe eine breite behaltliche Bürgerkaste aus fern Bescheidnis für diese Fragen. Das Kinogefetz arbeite zur Zufriedenheit, müsse aber noch weiter ausgebaut werden. Am Schluß seiner Ausführungen streifte der Redner noch die Frage des Geburtenrückganges, die alle wahren Volkstümlichkeit mit größter Sorge erfüllen müßte. — In einer Entschließung wird an die sächsische Regierung das Ersuchen gerichtet, die öffentlichen Tanzveranstaltungen einzubücheln.

Zwei gefährliche Eisenbahnräuber. Von der hiesigen Kriminalpolizei sind zwei Berliner, der angelegliche Eisenbahnbeamte Heinrich Barner aus Friedrichshagen und der angelegliche Kassenführer Peter Kratz aus Coblenz, beide in Berlin wohnhaft, wegen Verübung von Eisenbahnverbrechen festgenommen worden. Die Güterverwaltung Dresden-Friedrichshagen hatte am 1. Mai bei Anfaß des Berliner Güterzugs festgestellt, daß aus einem Gepäckwagen viele Sachen geraubt worden waren. Bei näherer Prüfung des Wagensinhaltes fielen zwei Kisten auf, deren Gewicht mit den Inventarlisten nicht übereinstimmte. Sie wurden geöffnet, und man fand darin die geraubten Sachen. Als zwei Tage später der angelegliche Eigentümer die Kisten abholen wollte, hielt man ihn fest und übergab ihn der benachrichtigten Kriminalpolizei, der gegenüber er sich als der oben genannte Kratz ausgab. Ein Komplize des Kratz, der ebenfalls genannte Barner, hielt sich umzeit der Güterabfertigung auf. Er ergriff bei Anfaß der Kriminalbeamten die Flucht, wurde aber in der Welterstraße erlangt und ebenfalls festgenommen. Beide hatten sich verabredet, Expressgüter zu stehlen. In diesem Zwecke hatten sie sich zwei Kisten anfertigen lassen, von denen die eine zur Aufnahme von einem Person eingerichtet und von ihnen zu öffnen war. Kratz wurde am 30. April in diese Kiste verpackt und Barner gab dann beide Kisten auf dem Bahnhofs Bahnhof in Berlin als Expressgut dem Bekleidungsunternehmen Dresden auf. Während der Fahrt entging Kratz, der mit Schutzwaffe, modernem Feuerwaffenzeug, einer Typendruckerei zum Anfertigen der Frankfurter, einer Handwaage, Tischschere usw. ausgerüstet war, der Kiste, erbrach andere in dem Wagen befindliche Gepäckstücke und verpackte die geraubten Sachen in seine Kisten. Nach Beendigung seiner Arbeit ging er durch eine Wagenluke ins Freie und sprang in der Nähe von Eberswalde von dem fahrenden Zuge ab. Von dort fuhr er mit einem späteren Zuge nach Dresden. Hier trafen Kratz und Barner wieder zusammen, um ihre Kisten von der Bahn abzuholen. Offenbar haben sie schon mehrere Diebstähle auf gleiche Weise ausgeführt. Die Ermittlungen hierzu sind noch im Gange.

Aus Sachsen.

Hochspannungsleitung nach Thüringen. (SW) Am 2. Mai wurde die 30000 Volt-Hochspannungsleitung von Herlasgrün i. S. nach Kuma i. Th. ohne Anstände in Betrieb genommen. Die größere Hälfte der Leitung von Herlasgrün bis über die sächsisch-thüringische Landesgrenze wurde von der sächsischen Landesregierung veranlaßt, die andere Hälfte auf thüringischem Gebiet bis nach Kuma von den Kraftwerken Sachsen-Thüringen gebaut. Durch die neue Hochspannungsleitung ist die sächsische Landesstromversorgung wieder über die Landesgrenze hinausgeführt und bis mitten in das Versorgungsgebiet der Kraftwerke Sachsen-Thüringen ausgedehnt worden.

Ausbau des sächsischen Hochspannungsnetzes.

Mit dem Bau der 100000 Volt-Doppel-Hochspannungsleitung von Leipzig bis nach Kuma i. Th. ohne Anstände in Betrieb genommen. Die größere Hälfte der Leitung von Herlasgrün bis über die sächsisch-thüringische Landesgrenze wurde von der sächsischen Landesregierung veranlaßt, die andere Hälfte auf thüringischem Gebiet bis nach Kuma von den Kraftwerken Sachsen-Thüringen gebaut. Durch die neue Hochspannungsleitung ist die sächsische Landesstromversorgung wieder über die Landesgrenze hinausgeführt und bis mitten in das Versorgungsgebiet der Kraftwerke Sachsen-Thüringen ausgedehnt worden.

Offene Stellen für Lehrer.

Auf Grund von § 11 des Schulgesetzes vom 31. 7. 22 zu besetzen: (Berufs-)Schullehrer-Stelle in Johanna-Gorgenstadt (Sch.-M.-Bez. Schwarzenberg, Kreis B.). Bewerbungen sind beim Bez.-Sch.-Rat des Appellationsortes des Bew. bis zum 20. Mai einzureichen.

Plauen. Der Stadtrat hat beschlossen, daß die bereits 1922 beschlossene, damals aber nicht zur Ausführung gekommene Kraftwagen-Linie Plauen-Treuen-Lengenfeld-Jalken kein unannehmlich zur Ausführung kommen und die infolge der ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnisse eingestellte gewesene Kraftwagenlinie Plauen-Radevormisch-Rothenthal-Eibenrod wieder aufgenommen werden soll. Die Betriebsaufnahme dürfte erfolgen, sobald die sächsischen Kreisverwaltungen der einzelnen Städte die Verträge unterzeichnet haben.

Stimmittchen. Nach einer Bekanntmachung des Stadtrates wird der Gaspreis von der am 15. Mai beginnenden Aufnahme der Gasmesserkunden ab auf 20 Goldpfennig für 1 Kubikmeter herabgesetzt. Auch diese wesentliche Verbilligung läßt die Stimmittchen zu den Städten, die besonders niedrige Gaspreise erzielen, zumal da hier, entgegen den meisten anderen Städten, Gasmesserkunden nicht erhoben werden.

Limbad. Das Limbacher Handwerk will der Wohnungswirtschaft, die auch hier einen geradezu beispielhaften Umfang angenommen hat, feuern. Es will den Bau, den Betrieb und den Verkauf von Wohnhäusern in die Hand nehmen. Zur Durchführung dieses höchst merkwürdigen, gemeinnützigen Unternehmens hat sich der Wohnungswirtschaft des Limbacher Handwerks e. V. m. b. H. gegründet.

Wiesenburg b. Joidau. Ein größeres Waffenlager ist in einem auf Schönaue nur gelegenen Walde des hiesigen Rittergutes zwischen Heißbladen eingeklemmt gefunden worden. Neben Waffen und größeren Mengen Munition waren auch Maschinenwerkzeuge und ein Kasten mit Maschinenwerkzeugen darunter.

Löbau. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Löbau hat beschlossen, das Erziehungsheim in Obercunnersdorf zu einem Heim für alle Leute einzurichten.

Freital. Von der sächsischen Anstaltsverwaltung wird uns mitgeteilt: Monatlich werden vom Sächs. Gemeindefiskus in verschiedenen Städten die jeweils geltenden Preise für Gas, Wasser und Elektrizität ermittelt. Danach erheben für 1 Kubikmeter Gas Frankenberg 26 Pf., Schwarzenberg und Markneukirchen je 25 Pf., Burg 24 Pf., Plauen i. S. 23 Pf., Chemnitz 22½ Pf., Bangen 21 Pf., Leipzig und Dresden je 20 Pf., Joidau 18 Pf. und Freital 22 bis 24 Pf. An Wasser je Kubikmeter sind zu zahlen je Kubikmeter in Chemnitz 31 Pf., Burg und Frankenberg je 20 Pf., Bangen und Joidau je 16 Pf., Dresden, Plauen i. S. und Schwarzenberg je 15 Pf., Leipzig 12½ Pf. und Freital 20 Pf. Für elektrischen Lichtstrom werden pro kw-Stunde gefordert in Chemnitz 55 Pf., Leipzig, Burg, Frankenberg und Schwarzenberg je 50 Pf., Dresden, Joidau und Bangen je 48 Pf., Plauen i. S. 50 Pf. bei Abnahme von über monatlich und 32 Pf. bei Abnahme von über 1000 kw monatlich und in Freital 40 Pf. Für elektrischen Lichtstrom sind pro kw zu entrichten in Frankenberg und Schwarzenberg 50 Pf., Plauen i. S. von 50-30 Pf. wie bei Lichtstrom (s. oben), Dresden und Bangen 48 Pf., Burg 40 Pf., Chemnitz 35-30 Pf., Leipzig 30 Pf., Joidau 28 Pf. und Freital 24 Pf. Für die elektrische Energie ist der Preis in Freital äußerst niedrig bemessen. Dies gilt ganz besonders für den elektrischen Lichtstrom, wofür z. B. in Frankenberg und Schwarzenberg 50 Pf., in Dresden 48 Pf. und in Freital nur 24 Pf. für die kw-Stunde zu zahlen sind. Diese Sätze beweisen, daß die hiesige Industrie gegenüber derjenigen in anderen Gegenden wirtschaftlich in dieser Beziehung nicht überlastet wird, daß daher die Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Industrie in Freital weitgehend gegeben sind. Hinsichtlich des Gaspreises (schon seit langer Zeit mit der Gasversorgungsgesellschaft Ostschlesien Verhandlungen, und es wird erhofft, daß auch der Gaspreis weitlich erniedrigt wird.

Tageschronik.

Die größten Brücken der Welt.

Die projektierte Eisenbrücke von Sidney, 30000 Tonnen Stahl, 100 Meter hohe Brückentürme. Seit dreißig Jahren besteht das Projekt, den Hafen von Sidney, der Hauptstadt von NewSouth Wales, durch eine riesige Eisenbogenbrücke zu überspannen. Die soll von Dampflokomotiven nach dem gegenüberliegenden Miller's Point geschleift werden. Jetzt endlich wird, bereits in wenigen Wochen, mit dem Bau dieses größten Kunstwerkes moderner Ingenieurgeschichte begonnen werden. Die neue Brücke wird insgesamt beinahe 1250 Meter lang sein und einen einzigen Bogen haben, dessen Spannung 550 Meter betragen wird. Über 50000 Tonnen Stahl werden nötig sein, um das riesige Bauwerk aufzuführen. Die Kosten belaufen sich nach dem Vorschlag auf fast 20 Millionen Dollar, wozu noch fünf Millionen Dollar für den Grund und Boden kommen. Die Arbeit wird ausschließlich von australischen Arbeitern ausgeführt, und es wird auch lediglich australisches Material verwendet werden. In den voranschreitenden sechs Jahren Bauzeit werden 1200 bis 1500 Arbeiter beschäftigt werden.

Die australische Hafenstadt wird mit dem Brückenbauwerk ein imposantes Wahrzeichen erhalten. Zwischen zwei massiven Granittürmen von je über 100 Meter Höhe wird sich 60 Meter über dem Wasserspiegel die Brücke von Ufer zu Ufer spannen. So hoch, daß die höchsten Schiffe der Welt unter ihr verkehren können. Neben vier Eisenbahngleisen wird die Brücke noch eine mit Fußwegen über 25 Meter breite Fahrstraße tragen. Der Architekt, dessen Entwurf zur Ausführung gelangt wird, ist der Franzose Ambault, der während des Krieges auf französischer Seite kein Wiederaufbau zerstörter Brücken diese Erfahrungen im Brückenbau gesammelt hat.

Die Brücke von Sidney wird die größte Bogenbrücke der Welt und die zweitgrößte Brücke überhaupt sein. Die längste Brücke der Erde ist eine Treibbrücke: sie überspannt den St. Lorenzkanal bei Quebec in 600 Meter Länge, von gleichem Typ ist die 570 Meter lange Brücke über den Firth of Forth in Schottland. Die zweitgrößte Brücke wird die Bogenbrücke von Sidney sein, und die viergrößte Brücke repräsentieren den Typ der Hängebrücke: es ist die Williamsburg-Brücke in New York.

In den Vereinigten Staaten sind weitere Riesenbrücken im Bau. Bei Philadelphia wird eine Brücke mit einer Spannweite von 560 Meter gebaut und San Francisco wird über das „Golden Gate“ eine Brückenkonstruktion erhalten, die zwei fast 2300 Meter von einander entfernt

Wer verbindet und ein Mitleidling zwischen Gängebrücke und Drehbrücke sein wird. Ferner plant New York eine neue Brücke, die den Hudson überspannen soll, und Detroit eine zweifache Brücke über den Detroit-Fluss.

Die größte Talsperre der Welt.

Dieser Tage ist, in Gegenwart des Königs von Italien, die Tisza-Talsperre in Serbien eingeweiht worden, die als die größte Talsperre der Welt, verbaut, in ihrer Bedeutung gewürdigt zu werden. Durch Regulierung des Niedrigen Tisza, der während einer der größten Wasserkünste der Insel, werden vorläufig 30000 elektrische PS gewonnen und etwa 30 000 ha mit regelmäßiger Bewässerung versehen und dadurch der Kultur nutzbar gemacht.

System von sieben weiteren Talsperren von insgesamt 1150 Millionen Kubimeter, das 400 Millionen Kubikmeter im Jahre erzeugen kann, im Stadium begriffen. Von diesen Bauten verzichtet man sich das wirtschaftliche Aufblühen der Insel, nicht nur wird durch die regelmäßige Bewässerung ein ausgedehntes Gebiet der Landwirtschaft und der Viehzucht erschlossen, sondern es kann mit der gewonnenen elektrischen Kraft auch Kunstbänder erzeugt und vor allem die Verhüttung der Eisen-, Kupfer- und Zinkminerale unternommen werden, die jetzt zum großen Teile im Ausland, namentlich in Belgien geschieht, wo das Brennmaterial bedeutend billiger ist als in Serbien.

Das „Evangelium der Farbe“.

Der starke Einfluß der Farben auf die Stimmung des Menschen, der schon oft beobachtet worden ist, wird in New York durch einen Vorfall illustriert, der dort allgemeines Aufsehen erregt. Die Farben konnten ihre Wirkung im Zusammenhang mit einer kleinen Standalgende einwirken, bei der der Tennis-Champion Vincent Richards mit einer ebenso hübschen wie reichen jungen Dame, Glanville Gifford, weggegangen war. Als das Mädchen von seiner Hochzeitsreise zurückkehrte, versuchte die junge Frau die Verzierung ihres Kleides zu erlangen, aber der Papa blieb bei einer Zusammenkunft hart wie Stein. Sie erzählte davon einer Freundin, die sie an eine bekannte „Farben-Experte“, Janet Adler, verwies. Diese fragte, welche Farbe die Tapeten des Zimmers gehabt hätten, in dem sie ihren Vater um Verzierung angefleht, und als sie hörte, die Tapeten seien rot gewesen, da meinte sie: „Dann ist keine abweichende Färbung kein Wunder, denn rot macht jäh.“ Empfangen Sie ihn in Blau, und Sie werden sehen, wie er schmilzt.“

Die junge Mrs. Richards suchte sich also ein Götterkleid aus, in dem Tapeten, Möbelüberzüge und Kissen in einem zarten Blau strahlten. Sie kleidete sich selbst in ein blaues Kleid und einen blauen Hut und hat ihren Vater zu sich. Der grimmige Erzeuger blieb zunächst ablehnend, sobald die Tochter bereits fürchte, ihr Versuch sei misslungen; aber seine Stimmung wurde dann zusehends freundlicher; er konnte dem Blau nicht widerstehen, und so kam es zu einer Verzierungsszene, innerhalb deren auch der Schindige erschien und beide den väterlichen Segen erhielten. Das Wunder dieses „Waldmattes in Blau“ hat viele Ungläubige in Amerika zu dem „Evangelium der Farbe“ bekehrt. „Die Farbe“, erklärt Mrs. Adler, kann ein Wasserbändchen verfrachten, einen Badstich schmücken und einen Waisen trösten.“ Nach ihrer Theorie hängt es nur von der richtigen Tapetenfarbe ab, daß der Mann abends zu Hause bleibt, daß Schreibmischmaschinen keine Tippfehler machen usw. Der Aufenthalt in Räumen mit blauen, hellgrünen, holzbraunen, roten und orangefarbenen Farben wirkt beruhigend und beruhigend, während rote und orange jähren. Eine Verbindung von Gelb und Blau wirkt auf die Seele ein, während alle Frühlingsfarben heiterer und elanreicher machen. Anhänger dieser Theorie treten dafür ein, daß die weißen Wände in den Krankenhäusern durch warme Tönungen ersetzt werden, die den Heilungsprozess beschleunigen sollen.

Keine Ausreisegelder für Ausreisende.

Für alle Transatlantischen wird, nach

Belohnung des Reichsfinanzministeriums, eine Ausreisegelder bei Ausstellung des Unbedenklichkeitsvermerks (der Unbedenklichkeitsbescheinigung) nicht erhoben. Als Transatlantischen gelten alle Ausreisenden nach anderen Kontinenten, mit Ausnahme der Reisen nach den Mittelmeer-Ländern und nach den Kanarischen Inseln. Die Finanzämter sind angewiesen, in solchen Fällen den steuerlichen Unbedenklichkeitsvermerk ohne Ausreisegelder zu erteilen, wenn der Reisende durch Vorlegung der Fahrkarte oder einer Bescheinigung der Schiffahrtsgesellschaft nachweisen kann, daß er eine Überseereise antizipiert. — Somit sind also sämtliche Reisende, gleichgültig ob Auswanderer oder nicht, die sich nach Amerika usw. begeben, von der Ausreisegelder befreit.

Das vergrabene Spartassenbuch.

Die unentdeckte Erbfolge. Pittau, 6. Mai. Von der nordböhmischen Grenze wird folgende Begebenheit gemeldet, die sich in Warnsdorf i. B. zugetragen hat. Im Jahre 1886 wanderte der aus Fochram im Bezirk Deutsch-Wald in Böhmen stammende Josef Munge nach der Schweiz aus und ließ sich in Basel nieder. Im gleichen Jahre wurde ihm sein gesamtes Vermögen in Gestalt eines Spartassenbuchs, das auf 500 Schweizer Franken lautete, gestiftet. Trotz eifriger Nachforschungen war es nicht möglich, die Debitoren aufzufinden, so daß die Angelegenheit schließlich in Vergessenheit geriet. Das Geld wurde nicht abgehoben, da der Lieb Geld nicht, schließlich zu werden. Der Besondere überlebte vor einiger Zeit aus Basel nach der Hochscholastik und starb im vergangenen Jahre in Prag. Ein sonderbares

Dresdner Kurse vom 6. Mai.

Table with multiple columns listing various financial instruments, their values, and exchange rates. Includes sections for Deutsche Staatspapiere, Reichsbanknoten, and various bank shares.

Belgien 100 Fr. 21,55, Bulgarien 100 Lira 3,20, Dänemark 100 Kr. 70,10, Finnland 100 Mark 10,50, Frankreich 100 Fr. 23,90, Italien 100 Lire 18,75, Jugoslawien 100 Dinar — 400 Kr. 5,50, Norwegen 100 Kr. 57,95, Oesterreich 100 000 Kr. 6,10, Portugal 100 Escudo 13,15, Rumänien 100 Lei 2,30, Schweden 100 Kr. 11,1, Spanien 100 Peseten 57,15, Tschechoslowakei 100 Kr. 12,60, Ungarn 100 000 Kr. 5,85, Japan 100 Yen 175,40, Argentinien 100 Papierpeso 137,50, Brasilien 100 Milreis 48,40 Goldmark. Die Festlegung der Umrechnungskurse für die nicht an der Berliner Börse notierten ausländischen Zahlungsmittel erfolgt im Laufe der Woche dieses Monats.

Reichsbanknoten im Monat April. Der Kapitalmarkt in Deutschland wird immer enger. Die Schwereitäten, Darlehen zu erhalten, werden immer größer. Demzufolge steigt der Zinssatz unauflöslieh. Für langfristige Darlehen — das sind solche bis etwa 3 Monate Laufzeit — wird bereits eine Verzinsung von 40—60 % per anno gefordert. Für langfristige Darlehen kommen natürlich deutlich höhere Zinssätze in Frage. Dafür aber ist Kapital für lange Fristen so gut wie gar nicht zu erhalten. Die Aufnahme neuer langfristiger Darlehen oder Konsumdarlehen, sowie die Ausgabe neuer Pfandbriefe der Bodenkreditanstalten ruhen im Monat April fast gänzlich. Der fortwährende Verfall des Kapitals der festverzinslichen Anleihen zeigt sich in den raschen sinkenden Kursen der Gold-Pfandbriefe der Hypothekendarlehen. Die folgende kleine Tabelle stellt die Kursentwicklung der fünfprozentigen Gold-Pfandbriefe dar, soweit sie an der Berliner Börse notiert werden. Die Kurse verstehen sich in Goldmark für 1 gr. Reichsmark (1 gr. Reichsmark = 2,71 Goldmark).

Table showing interest rates for various types of bonds and loans, including Gold-Pfandbriefe, Hypothekendarlehen, and other financial instruments.

das Bankiergebet bei ihr nur kleinere Guthaben besitzen. Für die Monatsgelder, die an die Bankierkassen abgegeben werden, ist, wie wir schon, keine wesentliche Erhöhung beabsichtigt. Der gegenwärtige Satz beträgt 2 1/2 bis 3 1/2 % pro Monat. Die Industriekassen bekommen Zehndlungskredite (Monatskredit) mit durchschnittlich 3 % pro Monat. Die Kündigungen, über die schon wieder viel gesprochen wurde, waren nicht sehr groß, und man erwartet auch wieder Rückfälle vom Staat und anderen öffentlichen Körperschaften zur Zerschlagung für die nächste Zeit.

Die Textilindustrie.

Die Untersuchung des Reichswirtschaftsrates zur Ermittlung der Ursachen der hohen Textilpreise hat eine interessante Bergschichte. Das Reichswirtschaftsrat ging an gewissen typischen Preissteigerungen näher vorüber und verwies die Materie schließlich an den Reichswirtschaftsrat. Es wäre aber nicht, einem Tollwut für den Abfall der Textilpreise von der Kommission des Reichswirtschaftsrates zu erwarten. Sie, die ihre Untersuchungen aufwendend bis weit in den Monat Mai erstreckt hat, konnte in 24 Stunden feststellen, daß die Textilindustrie an derselben Krankheit leidet wie die übrige Wirtschaft. Nur treten die Uebel in ihr schlimmer zutage, weil sie von einer Konjunktursturz befallen ist, in der die Preisüberhöhung besonders gut abgeleitet. Deutsche Textilien sind 20 bis 30 % teurer als englische, für diese Krise wird bei uns das Doppelte, fast der dreifache Friedenspreis und manchmal bis zu 50 % mehr als auf dem Weltmarkt gezahlt. Dabei ist Deutschland das Land, dem billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Wir haben eine Erklärung nur in der besonderen Entwicklung der deutschen Industrie, in ihrer eigenartigen Zusammenfassung während der Inflationsperiode. Gemeinhin wird die industrielle Verteuerung zurückgeführt auf den Anstieg der Konkurrenz im Ausland. Anders bei uns. Trug und Konkurrenz betrafen die Produktionsgüter mit unrentablen Betrieben, und gerade die Herstellungskosten des unteren Preises bestimmen bei größerer Nachfrage den Preis. In anderen bis zum Herbst ausserordentlichem Textilindustrie arbeitete mancher sehr unrentable Betrieb, und der Schaden wird, abgesehen von den hohen Zinssätzen für Kredit, noch größer, weil zahlreiche Betriebe ihre volle Leistung nicht ausüben können, da ihnen mindere Preise in der Kapital- und Rohstoffbeschaffung im Wege stehen. Der Konzern, der Verband, der Preisung macht aber den überlegten, den Monopolspreis, weit über Weltmarktpreis liegend, wobei: selbst der unrentable Betrieb gut verdient. Was ist ein Ausweg aus dieser Preisnotlage? Nur den einen, der darin besteht, unsere konfliktige Textilindustrie auf wirtschaftliche Konkurrenz zu lassen. Bis jetzt war sie bei Monopolspreisen Monopolsindustrie. Ihre geplante Produktion nimmt das ausgehungerte Ausland an, weshalb kein Zwang besteht, mit dem Ausland zu konkurrieren und draußen zu billigeren Preisen zu verkaufen. Daraus erklärt sich auch der Mangel an Exportwaren. Die Gewinne der Textilindustrie, in ihrer jetzigen Verfassung durchaus parasitär, gehen sonst auf Kosten der übrigen Wirtschaft, wie die Überlegung ihrer Preise auf Kosten der Kaufkraft geht.

Zahlungsschwierigkeiten in der Textilindustrie.

Die erste große Zahlungsschwierigkeit in der Textilindustrie war aus Thüringen gemeldet. Auf Antrag des Vorstandes Hans Oberdorfer Antroz-Gesellschaft in Göttingen Sa. Kl. mußte über das Geschäft und das Vermögen der genannten Gesellschaft die Reichsfinanzverwaltung vom Landgericht Schmalkalden angeordnet werden. In Berlin ist die Konfektionsfirma Müller und Stern unter Reichsaufsicht gestellt worden.

Der deutsche Maschinenbau im Jahre 1923.

Dem Geschäftsbereich des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten für das Jahr 1923 entnehmen wir u. a. folgende Ausführungen: Die Maschinenbauindustrie ist seit dem Beginn des Jahres fast zurückgegangen. Der auf einen Beschäftigten entfallende durchschnittliche vierteljährliche Auslandsauftrag von Maschinen hat sich von 0,227 t-Beschäftigten im Jahre 1922 auf

0,186 t-Beschäftigten im Jahre 1923, d. h. um 18 % der Jahresleistung von 0,762 t-Beschäftigten im Jahre 1922 auf 0,539 t-Beschäftigten im Jahre 1923, d. h. um 30 %, vermindert. Nach Ermittlungen der Gewerbeaufsichtsbehörden für das Jahr 1922 hatte sich die Zahl der Beschäftigten in der Maschinenindustrie, Instrumenten- und Apparateindustrie seit 1913 um rund 14 %, seit 1914 um rund 25 %, erhöht. Die im Geschäftsbereich 1922 ermittelte Schätzung der Beschäftigten des reinen Maschinenbaus auf 750 000 muß daher als nicht mehr richtig bezeichnet werden. Auch im Jahre 1923 haben sich noch einige Sonderzüge der Maschinenbauindustrie bemerkbar gemacht. Die Zahl der im Maschinenbau bestehenden Fachverbände betrug Ende 1923 137, ihre Mitgliedschaft lag in den Händen von 48 Geschäftsjahren. Die Auflösung einer verhältnismäßig geringen Zahl von Fachverbänden war fast ausschließlich auf solche Verbände beschränkt, die sich allein mit der Durchführung der mit der amtlichen Ausfuhrkontrolle zusammenhängenden Arbeiten befaßt hatten und deren Aufgaben daher mit der Aufhebung der Ausfuhrkontrolle ihre Aufgabe fanden. — Der Ausfuhrüberschuss der Eisen schaffenden Industrie H. von rund 670 Mill. M. im Jahre 1914, in einem gewaltigen Einfuhrüberschuß umgeschlagen. Der Ausfuhrüberschuss der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie ist dagegen von 14,3 % der deutschen Gesamtausfuhr 1912 auf 20 bis 23 % 1922 gestiegen. Daraus ergibt sich ein deutliches Bild der außerordentlichen Bedeutung des Maschinenbaus für die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege.

Die lettische Währungsreform.

Finanzminister R. Kalnina teilte über die lettische Währungs- und Finanzfragen u. a. folgendes mit: Was das Gesetzesprojekt bezüglich der Währungsreform anbelangt, das dem Ministerrat vorgelegt wurde, so sind dagegen viele Einwände erhoben worden. Das erste Projekt dieser Reform sieht nur den Umsturz der Staatswährung in Rubelwährung gegen Letse in Lat vor. Keinerlei Forderung in Gold war für die letzteren vorgesehen. Im Gegenteil ist das durch die Bank von Letland emittierte Geld gebildet, indem sie sich verpflichtet, für jede Banknote in Lat den gleichen Wert in Gold zu zahlen. Falls man nun die Staatswährung, die für die Summe von 48 Mill. Lat in Rubeln emittiert sind, aus dem Verkehr ziehen würde, so wäre dieses, meiner Meinung nach, auf dem Wege durchzuführen, daß für 25 Mill. Lat Reichsmark emittiert und die übrigen 23 Mill. Lat durch die Bank von Letland aus dem Verkehr gezogen würden. In diesem Zweck müßte die Bank von Letland die oben genannte Summe ganz oder teilweise mit Gold oder holländischer Banknoten decken. Ganz dieser Operation würde der Finanzminister der Bank von Letland befehlen werden. Mit der oben erwähnten Summe könnte die Bank nicht nur die in Rubel emittierten Staatsbanknoten auskaufen, sondern auch noch für 23 Mill. Lat Banknoten emittieren, die die gesetzlich verlangte Geldbedeckung haben würden. Die Statuten der Bank sehen vor, daß die Geldbedeckung 50 % des Gesamtwertes der emittierten Banknoten ausmachen muß, die anderen 50 % können durch kurzfristige Wechsel garantiert sein; die Bank kann die neuen Banknoten gegen für das Doppelte der vom Staat übergebenen Summe emittieren. Der im Besitze des Staates befindliche Goldfonds wird nicht in den Verkehr gebracht und ist daher festes Kapital, jedoch, falls er in den Besitz der Letlandbank übergeht, kann letztere, unter Garantie dieses Goldfonds, Kredite gewähren oder Wechselbriefe diskontieren. Wenn z. B. die Bank von Letland eine Summe von 10 Mill. Goldlat erhalten würde, könnte sie für das Doppelte dieser Summe Banknoten herausgeben, indem sie für die eine Hälfte in Gold, für die andere durch Wechselbriefe garantieren würde. Falls die Wechselbriefe zurückgekauft würden, könnte die Zahl der herausgegebenen Banknoten entsprechend vermindert werden, während der Kreditbedarf durch das herausgegebene Geld (für den Kauf der Wechselbriefe) gedeckt wäre.

Volkswirtschaft und Handel.

* Edelmetallpreis. (Berlin, 6. Mai), Gold 1 kg jein 2790—2800 Mk. Die Umsatzzenerrechnungsjahre auf Goldmarkt für April hat der Reichsminister der Finanzen wie folgt festgelegt: 1. bei ausschließlich wertschöpfender Durchführung in den nachstehend genannten ausländischen Zahlungsmitteln gemäß § 32a Abs. 2 des Umsatzzenergesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen zu Artikel IV der zweiten Steuernotverordnung vom 9. Januar 1924; England 1 Pf. Sterl. 18,45, Holland 100 Gld. 157,75, Schweiz 100 Fr. 74,80, Vereinigte Staaten von Nordamerika 100 Doll. 420 Goldmark. Werden andere Zahlungsmittel vereinbart, so sind sie zum jeweiligen Tageskurs der Berliner Börse in die Währung umzurechnen, in der die Bücher geführt werden. 2. Bei nicht wertschöpfender Durchführung gemäß § 32a Abs. 3 des Umsatzzenergesetzes a) Papiermark: 1 Billion = 1 Goldmark, b) ausländisches Zahlungsmittel: England 1 Pf. Sterl. 18,45, Holland 100 Gld. 157,75, Schweiz 100 Fr. 74,80, Vereinigte Staaten von Nordamerika 100 Doll. 420

Die Geldlage der Zechenbau.

Die Zechenbau hat die Höhe für Einkommenslagen ihrer Bankierkassen für von einem Tag zum anderen ausgelegene Gelder von 7 1/2 % auf 11 % pro Jahr erhöht. Für täglich fließendes Geld, das heißt für solches, das stückelweis am nächsten Tage für den Überdauern gefordert werden kann, erfolgt die Erhöhung von 3 1/2 auf 12 1/2 % pro Jahr. Für die Depositionen der Pfandkassen wurde keine Erhöhung vorgenommen, weil sich die Zechenbau in dieser Beziehung an die Höhe der Scheckkassenerhöhung anlehnt und erst deren etwaige Verschärfung abwarten will. Die Zechenbau hat auch für ihre Debitoren die täglichen Gelder ab heute erheblich erhöht. Bisher bedrohen die Zinssätze für tägliche Gelder etwa 21 bis 27 % pro Jahr, während sie von jetzt an mit 1 pro Wille den Tag, das heißt 36 % pro Jahr abgehoben werden. Zwischen dem Zinssatz von 36 % und dem Kredit von 11 bis 12 1/2 % ist die Spanne recht groß. Der Zechenbau streift aber hierauf keine erheblichen Gewinne zu, da ihr wichtigster Geldgeber der Staat ist, so

Zusatz wollte es, ja, wenig später, aus Anlaß einer Etagefrage gegen eine Waller Familie bei einer Hausdurchsichtigung das seit 37 Jahren verschundene Sparschließbuch vergaben aufgefunden wurde. Die Schweizer Behörden...

Die Cholera in Indien. London, 7. Mai. In der Provinz Behar (Indien) hat die Cholera in diesem Jahre bereits 10000 Todesfälle verursacht, davon in der letzten Woche 1000 im Bezirk Champaran, der am schwersten heimgesucht ist. Die Epidemie nimmt noch immer zu.

Ergebnisse sächsischer Amtshauptmannschaften.

- Amtshauptmannschaft Dresden-Alte. Sozialdem. 13389, Nat. Sp. 6140, Demokr. 249, Kommunisten 4611, Christl.-Soz. 183, Poln. Sp. 37, Deutsch-Soz. 489, Bauern-Soz. 13, Wendische Sp. 8, Zentrum 88, Evang. P. 215, Volk-Soz. 810, Republ. P. 33, Unabh. Soz. 193, Dtsch. Volksp. 3011, Nat.-Vb. 69.
Amtshauptmannschaft Dresden-Neu. Sozialdem. 16417, Nat. Sp. 12259, Dem. 4793, Kommunisten 3575, Christl.-Soz. 198, Poln. Sp. 47, Deutsch-Soz. 612, Bauern-Soz. 29, Wendische Sp. 18, Zentrum 241, Evang. P. 383, Volk-Soz. 3114, Republ. P. 69, Unabh. Soz. 274, Deutsche Sp. 7068, Nat.-Vb. 111.
Amtshauptmannschaft Freiberg. Sozialdem. 10193, Nat. Sp. 10022, Dem. 1074, Kommunisten 1712, Christl.-Soz. 136, Poln. Sp. 13, Deutsch-Soz. 501, Bauern-Soz. 12, Wendische Sp. 13, Zentrum 40, Evang. P. 153, Volk-Soz. 976, Republ. P. 12, Unabh. Soz. 196, Deutsche Sp. 2292, Nat.-Vb. 50. Zusammen 77417 Stimmen.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde. Sozialdem. 7976, Nat. Sp. 10503, Demokr. 2817, Kommunisten 2021, Christl.-Soz. 120, Poln. Sp. 22, Deutsch-Soz. 367, Bauern-Soz. 9, Wendische Sp. 7, Zentrum 31, Evang. P. 132, Volk-Soz. 416, Republ. P. 11, Unabh. Soz. 107, Dtsch. Sp. 2636, Nat.-Vb. 62.

Amtshauptmannschaft Bautzen. Sozialdem. 13781, Nat. Sp. 15405, Demokr. 2743, Komm. 2882, Christl.-Soz. 718, Poln. Sp. 38, Deutsch-Soz. 344, Bauern-Soz. 40, Wendische Sp. 365, Zentrum 1316, Evang. P. 391, Volk-Soz. 538, Republ. P. 41, Unabh. Soz. 213, Deutsche Sp. 3001, Nat.-Vb. 48.

Amtshauptmannschaft Pirna. Sozialdem. 18982, Nat. Sp. 15411, Demokr. 3112, Komm. 5525, Christl.-Soz. 216, Poln. Sp. 40, Deutsch-Soz. 1675, Bauern-Soz. 54, Wendische Sp. 26, Zentrum 229, Evang. P. 224, Volk-Soz. 1623, Republ. P. 39, Unabh. Soz. 343, Deutsche Sp. 6092, Nat.-Vb. 91.

Amtshauptmannschaft Radeburg. Sozialdem. 9484, Nat. Sp. 9692, Demokr. 1738, Komm. 998, Christl.-Soz. 144, Poln. Sp. 23, Deutsch-Soz. 1131, Bauern-Soz. 138, Wendische Sp. 2211, Zentrum 687, Evang. P. 149, Volk-Soz. 312, Republ. P. 21, Unabh. Soz. 120, Deutsche Sp. 2863, Nat.-Vb. 31.

Amtshauptmannschaft Löbau. Sozialdem. 18879, Nat. Sp. 11128, Demokr. 7506, Komm. 3242, Christl.-Soz. 292, Poln. Sp. 37, Deutsch-Soz. 615, Bauern-Soz. 23, Wendische Sp. 228, Zentrum 130, Evang. P. 371, Volk-Soz. 679, Republ. P. 66, Unabh. Soz. 209, Deutsche Sp. 6257, Nat.-Vb. 61.

Amtshauptmannschaft Großenhain. Sozialdem. 9188, Nat. Sp. 13528, Demokr. 1801, Komm. 2524, Christl.-Soz. 153, Poln. Sp. 32, Deutsch-Soz. 281, Bauern-Soz. 33, Wendische Sp. 17, Zentrum 95, Evang. P. 100, Volk-Soz. 1719, Republ. P. 17, Unabh. Soz. 172, Deutsche Sp. 1703, Nat.-Vb. 53.

Walden. Soz. 12298, Demokr. 5297, Komm. 6647, D. Volksp. 5375, Deutsch-Soz. 5431, Christl.-Soz. d. Mittelb. 2745, Deutsch-Soz. 191, Selbstlicher Block 2837, Sozialistischer Bund 518, Republ. P. 144, Zentrum 475, National-liberale Vereinigung 77, Bauern-Bund 8 Stimmen.

Reichen. Sozialdem. 10689, Nat. Sp. 3403, Demokr. 1649, Komm. 1700, Christl.-Soz. 109, Poln. Sp. 22, Deutsch-Soz. 724, Bauern-Bund 7, Wendische Sp. 6, Zentrum 232 Stimmen.

Vermögen. Vermögens-Rechnung am 31. Dezember 1923. Tabellen mit Spalten für Vermögen, Passiva, etc. Summen: 68868288187643605937.

Aufwendungen. Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1923. Tabellen mit Spalten für Aufwendungen, Gewinne, etc. Summen: 14754323198297803156.

Bautzen, am 11. April 1924. Landständische Bank des ehem. Sächsischen Markgraftums Oberlausitz. Dr. Schaarschmidt, Müller, Altmann, Nidrecht.

Advertisement for S. B. D. A. G. Expres-Güter-Beförderung. Includes logo of a windmill and a ship. Text: billiger als gewöhnlicher Stückguttarif der Eisenbahn. Tarife an allen Geschäftsstellen kostenfrei. 499.

Sächsische Holzverfeinerungsergebnisse.

Table with columns: Holzart, Menge, Preis, etc. Lists various wood types and their market prices.

Beamtenanwärter zum sofortigen Antritt gesucht. Besoldung bis zu Gruppe V der Besoldungsordnung. Klasse B. Bedingung: Tüchtig in allen Konzeptsarbeiten, sächsischer Stenograph und Maschinen-schreiber (Abt.). Gesuche mit Zeugnissen bis 15. Mai 1924 an Gemeinderat Plauz-Verdröck.

Einzelnummern der Sächsischen Staatszeitung zum Preise von 15 Pfennig das Stück jederzeit zu haben in Leipzig: in der Rothbergschen Buchhandlung, Sortiment, Rolf Arnt, Universitätsstraße 15.

Tageskalender. Donnerstag, 8. Mai. Staatstheater. Opernhaus. Logenpreis. Schauspielhaus. Für den Verein Dresden-Schillertheater. Zentraltheater.

Familiennachrichten. Verlobt: Dr. Dr. med. Ernst Köllig in Dresden mit Fräulein Ruth Kollenhauser in Godesburg. Dr. Carl Strohmach, Empfangs-Abt. in Post-Station, mit Fräulein Margarete Metzger in Dresden. Dr. Rechtsanwalt Dr. Walter Fischer mit Fräulein Ida v. Frege-Welzien in Dresden-Friedrichsdorf. Dr. Zahnarzt Max Genter mit Fräulein Helga Hempelmann in Dresden. Dr. Adolf Graf v. der Schulenburg, Oberleutnant im Reiterregiment 12, mit Fräulein Ameliese Steiger-Deutewitz in Rittersdorf-Deitzsch. Dr. Ernst Schreiber, Kaufmann in Dresden (66 J.), mit Fräulein Schlegel, Kaufmann in Dresden (60 J.). Dr. Carl Schimpfius, Kaufmann in Dresden (60 J.), mit Fräulein Emma Schimpfius, Parkettfabrikant in Rimböschheim (72 J.). Dr. Oberpostinspektor A. R. Reuschardt (79 J.). Dr. Oberpostinspektor J. R. Reuschardt (72 J.). Dr. Oberpostinspektor Karl Otto Lehmann (48 J.) in Dresden; Frau verew. Amtsgerichtsrat Wilhelmine Reim (90 J.) in Leipzig.

Von Mutter und Vater.

Von Eise Laster-Schüler. Lang ist's her, da ich auf dem Schoß meiner teuren Mutter saß und sie mit mir spielte. Einwortjungen nannten wir geheimnisvoll ein Spiel, das meine Mutter, eine Weile wenigstens, von meinen Quälereien befreite. Ich langweilte mich nämlich immer so... Meine Mutter rief mich: „Schokolade“, und ich erwiderte ein sich daran reimendes Wort. Meine Mutter: „Tinte“, ich: „Tinte“ (Tinte), „Paul“ — „Jan“, bis mein viel älterer Bruder, der mir, seiner Herzlichkeit wegen, imponierte, und den ich darum wohl auch „Kann“ nannte, sich einmischte, auf das Wort „hoch“ das ungeschickte reimende Wort „Koch“ wählte und ich zu ersticken drohte vom dumpfen Schall der Raucher, ja geradezu außer mir geriet, vom Riech meiner besorgten Mutter wild auf den Teppich purzelte. Ich säßte zwei Jahre. Im vierten lernte ich zum Jahreswechsel von der Gouvernante schreiben. Jedem Buchstaben malte ich ein Tuch aus dem Hals, da er rot, es war Winter. Hinführend dichtete ich meine besten Gedichte; meine Mutter fand immer die bekriepelten Papierfalten, die mit aus meinem Kleiderkästchen beim Verantwörtlichen von Lieblingshäupten meiner Knopfsammlung entkamen. Die rettete mich vor meinem kleinen Selbstmord. Ich hatte mich bis dahin so gelangweilt, und ich erinnere mich, daß ich entschlossen auf den Turm unseres Hauses kletterte, von dem man, über die Stadt Elberfeld hinweg, noch hinter dem jamaikanischen Gebirge bei klarem Wetter den Rhein fließen sehen konnte, und auf die Wänschen herabschrie: „Ich langweilte mich so!“ und erst als die vielen vielerlei großen und kleinen blauen, grünen, lila, roten, gelben, weißen Knöpfe ankamen aus den Knopfabriken meiner Heimat, mit denen mich meine teure Mutter überhäufte, die meine teure Mutter für mich zum Spielen befreit hatte, milderte sich be-

Einzelnummern der Sächsischen Staatszeitung.

trächtlich mein Uebel. Ich legte Knopf an Knopf, je vier oder fünf, ebenmäßige Reihen in Zwischenträumen auf den großen Tisch und säßte dann mein klein Fingerring über die Knopfreihen der abgetheilten Knopfschöpfen. Wenn ich dann durch die Unregelmäßigkeit der Knopfschöpfen mit der Fingerpitze stolperte oder gar mit dem ganzen Finger abglitt, schrie ich laut auf, genau wie ich mich heute überdies verlegt säßte durch einen Bokal oder Konsonanten, der Störungen im Maß oder Gehör undenkbar verursacht. Aber einer der herrlichen Knöpfe durfte überall liegen, wo er wollte, er war aus Zeit, besät mit goldenen Eternitein, und ihn haunte ich an. Er war das Himmelreich meiner Knöpfe und hieß: Josef von Ägypten. So oft neht man mich mit einem Knopfdruck, der sich immer wiederhole in meinen Gedichten. Es ist wahrscheinlich der herrlichste Knopf.

Tochter einer angesehenen bayerischen Judenfamilie, zur Frau. Wir Enkel noch tragen ihren blauen Gehring um die dunkeln Nappeln. Von meinem Vater, dessen Tod man in den Zeitungen mit den Worten des Lesers kündete: Der Tod (Eulenspiegel von Elberfeld ist) sich am Morgen gestorben, ehe es mich, zu berichten, daß er, der vierte Bruder von dreißigjährigen Geschwistern, sich des Lebens ausgelassenster Laune erfreute in seiner Geburtsstadt Hegen-ogelze u. Weßfalen. Dieses kleine Städtchen, de-rihmt durch seine tiergeschütten Hecken, diente meinem Vater zu seinen unerbittlichen Streichen. Den letzten, der für ihn hätte erstere Folgen nach sich ziehen können, absolvierte er in der geistlichen Kaplankastel Voderborn, wo er das Gymnasium täglich schwänzte. Noch heute spricht man im Biedermeierzimmer der altmodischen Häuser beim Kaffee aus der Meuschen- und Schinkenwackensaffäre, die damals die Einwohner in Schreck und Spannung versetzte, um die, nach des Spulens Aufklärung, mit Verhängnisvoll: der hoher Geldstrafe für zwei Sekunden, m-inen sechzehnjährigen Vater Schiller und je nun Freund Voderstein endete, deren Vater weiland wohl oder übel die Sünden der Ruber heimzahlen mußten. Mit Vorliebe beschäftigte sich mein Vater mit dem Baner der Häuser, namentlich der Aussichtstürme der Stadt und ihrer Um-gegend, die sich immer zu hoch verhielten, jeden-falls der Rathbarkeit Sorge für Haus und Hof, der Herbstkür: eingehend, verursachten. „Wegen so ein paar verfluchte vermaledeite Ställe bin ich gezwungen, meinem Van den Kopf abzuschlagen!“ dächte meines Vaters choranzwackende Stimme frühmorgens durchs Haus. Man vernahm sie schon aus einem andern Viertel der Stadt, die schwamm geradezu auf seinem vollen Parison. Wir Kinder im Versteck lauschten, noch ungewiß, was sie bringen könnte. Ich mußte mit ihm als sein jüngstes Kind die Gewisse der Neubauten befehlen. Wir beiden zwar beide wie Eisen-

laub, und einmal erinnerte ich mich, wie die Arbeiter, auf meines Vaters Kommando, zwischen Luft und knarrenden Rattern zwei Fahnenstübe in Form einer Riesennuß bozen und brachen und sie dann oben auf das noch unbesetzte Dach stützten mit einem schwarz-weiß-roten Regen-gelben. Schon beim Aufmachen beschäftigte die ganze Stadt das wechende Bilanzkästel, die Nutt, daß mein Vater oder jedem Tragenden, sich schüttelnd vor Lachen, löste er Wupperhohler Plaidbüchse; „Ed dann med verfliegen, lerne Lute, fragt nur ming Eisen, ed han verded teng Kap-manneden mehr em Wätel.“ Aber das hat nieman meinem Vater geglaubt. Er war gezwungen, ein reicher Mann zu sein, bis zu seinem Tode, und nach seinem Ableben bescherte er die Leute noch mit seinen ihn überlebenden Nibeloden. Da-mals war noch eine herrliche Zeit. Von den Armen nahm mein Vater keinen Mietzins, denn mer in seinem Hause wohnte, der wohnte auch in seinem Herzen. Und ich bin stolz darauf, da mein Vater sich ganz ausgab, kein Heimatlocher heimlos blieb, daß die eigne Tochter für seine Weitherrigkeit zeugt, nicht eine Stube besitz, gar ein Fiedchen Erde erbt. Schwachfüßigen wurde es nicht schwer, mich mit allerlei sensationalistischen Gerüchten zu belieben, der wollte das, jener dies von mir erfahren haben. Ich schickte immer durch die liebevollen Wände des Waldes, über diesen, ich liebe jede Blume — heute eile ich aus Neer, und überall blide ich nach einem heimatlichen Boden aus. Wer von und hätte dem gefunden und nicht erlitten des Heimweh quill-vollste Angst. Hand ich denn einmal die Heimat — in deinem Auge — durste ich auch dort nicht stehen. In der Nacht meiner tiefsten Not, erbob ich mich zum Ringen von Thoben. Welchen Ahnen nachfolgte ich, welche Mumie selbst meine ent-schliffene Tat?